



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922**

319 (15.7.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-204433](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-204433)



# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neueste Nachrichten

Belegpreise: In Mannheim und Umgebung monatlich 1,50 M., in den übrigen Orten 2,00 M. Durch die Post bezogen Vierteljahr 6,00 M., Einzelnummer 15 Pf. Postgebühren Nr. 1790 Karlsruhe in Baden und Nr. 2017 Ludwigshafen am Rhein. Hauptgeschäftsstelle E. & S. Geschäfts-Nebenstelle: Neustadt, Waldhofstraße Nummer 6. Telephonnummer 7940, 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegramm-Adressen: General-Anzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zweimal.

Anzeigenpreise: Die kleine Seite mit 6. — monatlich 15. — Stellenanzeigen 20. — Anzeigenpreise: Die kleine Seite mit 6. — monatlich 15. — Stellenanzeigen 20. — Anzeigenpreise: Die kleine Seite mit 6. — monatlich 15. — Stellenanzeigen 20. —

Beilagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

### Die innenpolitische Krisis.

Berlin, 15. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Der Weltstern hat gestern, indem er über die Verteilung der Geschäfte beriet, den Schluß der Tagung auf Dienstag in Aussicht genommen. Das ist ja folgerichtig der dokumentarische Beweis für unsere Darlegungen, daß eine Auflösung als Ausweg aus den gegenwärtigen innenpolitischen Spannungen nicht mehr in Frage kommt. Es wird also wohl dabei bleiben, daß der Kanzler, ähnlich wie er es ja schon bei der Ernennung Dr. Rathenau zum auswärtigen Minister getan hat, aus eigener Hand die Umbildung des Kabinetts vornimmt. Die Entscheidung erwartet man nach der Rückkehr des Reichspräsidenten, also für Samstag oder Sonntag. Was darüber hinausgeht, sind Kombinationen. Immerhin wird wohl richtig sein, daß der Kanzler sich mit der Absicht trägt, neben einem Unabhängigen, der nicht dem Parlament angehört, einen Mann, der der Deutschen Volkspartei nahesteht, zur Mitarbeit in sein Ministerium einzuladen.

Als Anwärter für das auswärtige Ressort wurde in Gesprächen heute abend auch der frühere Minister v. Kaumer genannt. Herr v. Kaumer selber erklärte, von nichts zu wissen. Doch er, wenn der Ruf wirklich an ihn erginge, ihn annehmen könnte, halten wir nicht für eben wahrscheinlich. Wie die Dinge liegen, müßte er in diesem Fall ja aus der Fraktion ausscheiden und sein Mandat niederlegen. Wiebe nach Herr v. Wiedersheim, bei dem, was wohl, wie die Offiziösen dienstfertig versichern, seine plötzliche Rückkehr nach Berlin mit einer Berufung in die Regierung nichts zu tun hätte.

Außer dem Ministerium des Auswärtigen ist z. Zt. nur der Wiederaufbau ohne Ressortchef und bisher hatte es auch immer geheißen, daß ein neuer Minister von den Unabhängigen ihm zugeordnet sei. Heute, die die Stimmung der Unabhängigen zu ergründen sich bemühen, wollten indes wissen, daß dem spät erwachten Ehrgeiz der Unabhängigen der Wiederaufbau nicht mehr gewisse und daß sie für ihren Dr. Hilferding das Finanzministerium erziehen. Das müßte dann eine recht umfangreiche Umbildung ergeben, würde zudem dem sonst zu akzeptierenden Grundgedanken, daß der Kanzler sein Kabinett sich nach eigenem Ermessen zu bilden habe, einigermaßen ins Gesicht schlagen, ganz abgesehen davon, daß ein unabhängiger Finanzminister, selbst von den unbefriedigten national-ökonomischen Einflüssen des Dr. Hilferding, für die deutsche Wirtschaft schwer zu tragen wäre.

Man sieht, die Hemmnisse sind noch keineswegs ganz überwunden, aber sie sind wohl im Verleiden. Schließlich handelt es sich ja nur darum, über die Schwierigkeiten des Augenblicks hinweg zu kommen. Für lehr langweilig braucht man ein so künstlich und gekünstelt rekonstruiertes Kabinett doch nicht zu halten. Auch wenn es nur bis zum Herbst wäre, hätte es seine Dienste getan.

### Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Fraktionen.

Berlin, 15. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Inzwischen ist ja durch den Zusammenschluß der beiden sozialistischen Fraktionen zu einer Arbeitsgemeinschaft eine neue Lage geschaffen worden. In der Luft lag dieser Zusammenschluß schon seit geraumer Weile, und ausgeführt wurde er dann heute unter dem Druck der Gewerkschaften, die auch gestern wieder den Reichstag hinter den Kulissen geschädigt haben, und dieses Geschäft heute nachmittags 5 Uhr fortzusetzen gedenken. Daneben mag bei dem Zusammenschluß als taktischer Zug bestanden haben, daß dann beide sozialistische Fraktionen nur noch einen Körper darstellen. Der Zusammenschluß der beiden Fraktionen kommt demnach mit mathematischer Sicherheit, er wird denjenigen der Organisationen im ganzen Lande nach sich ziehen. (Dann können die bürgerlichen Parteien nicht mehr von einer einseitigen Erweiterung des Kabinetts nach links sprechen, wenn der Kanzler einen Unabhängigen in sein Kabinett zieht, ohne zugleich auch einen gewissen Ausgleich nach rechts zu suchen.) Es scheint uns nicht ganz unmöglich, daß der Kanzler nunmehr in der Tat so vorgehen wird. Die Argumentationen, die man in den letzten Tagen von ihm und seinen Getreuen sehen konnte, bereiten eigentlich auch diesen Weg vor.

Ob die neue Arbeitsgemeinschaft auf die Dauer die jetzt Vereinten zusammenschließen wird, ob nicht doch im Laufe der Zeit eine Umbildung erfolgen wird — die Unterschiede zwischen Männer wie Adolph Hoffmann, Lewi, Lebedour, David und Quark sind doch gar zu groß — läßt sich im Augenblick nicht sagen. Eine gewisse Wahrscheinlichkeit spricht im Grunde dafür. Einstweilen aber ist die Freude groß. Der Vorwärts erklärt: „Für die jetzt wieder zusammengehenden Kräfte der alten deutschen Sozialdemokratie dürfte nur eine Parole gelten: Vereint marschieren, vereint schlagen!“ Die Kommunisten peitschen in der roten Fahne wutvoll die Arbeitermassen auf, mit Ausbietung aller ihrer Kräfte die Annahme des reaktionären Aufschuges zu verhindern.

### Das Amnestiegesetz.

Berlin, 14. Juli. Der amtliche preussische Pressedienst meldet: Das am 11. Juli vom Landtag beschlossene Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit kann erst verlobt werden, wenn feststeht, daß der Staatsrat keinen Einspruch erhebt. Um aber die schleunigste Durchführung des Gesetzes nach dem Inkrafttreten zu sichern, hat der preussische Justizminister schon jetzt durch Kundverfügung vom 12. Juli sämtliche Justizbehörden mit den erforderlichen vorläufigen Anweisungen versehen und insbesondere angeordnet, daß in den Strafsachen, die unter das Gesetz fallen, Vollstreckungsmaßnahmen nicht mehr vorgenommen werden und daß die Vollstreckung von in der Verbüßung begriffenen Freiheitsstrafen, soweit sie zweifellos unter das Gesetz fallen, unterbrochen wird. — Es handelt sich um das Amnestiegesetz, das insbesondere Straffreiheit gewährt für Straftaten, die mit den politischen Ursachen im Frühjahr 1921 oder mit der Abwehr des Kappuzschusses, sowie mit den Kundgebungen für die republikanische Staatsform aus Anlaß mit der Ermordung Erzbergers zusammenhängen.

### Serienstimmung im Reichstag.

Berlin, 15. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Man merkt, daß der Reichstag langsam für die Sommerpause abzurufen beginnt, die, wenn alles gut geht, am Dienstag anheben soll. Gestern wurde mit einem Restbestand von Vorlagen ausgedient: Der Gesetzentwurf über Maßnahmen gegen die Rot der Presse ging an den Ausschuss, desgleichen der Entwurf eines Disziplinalgesetzes für die Wehrmacht und außerdem noch eine Reihe kleiner Vorlagen. Denn auch die Frage, ob der 11. August, an dem in Weimar die neue Reichsverfassung aus der Taufe gehoben worden war, künftighin unter die staatlichen Feiertage eingereiht werden soll, stellt keine Haupt- und Staatsaktion mehr da. Der Ausschuss wird insoweit zu einer gütlichen Einigung gelangen.

Ein wenig länger verweilt man bei dem Projekt, Kiel, unsern ehemals stolzen Kriegshafen, zu einer Handelsbasis großen Stils auszugestalten. Endlich einmal fand sich — ein seltener Fall in den Annalen der Reichstagsverhandlungen — so etwas wie eine nationale Einheitsfront zusammen, von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen. Man war sich darüber einig, daß dieses Stück Wiederaufbauarbeit, das im Entwurf vorgesehen ist, nicht etwa nur der Stadt Kiel, sondern dem ganzen Deutschland zugute kommen müsse.

Eine ausführliche Diskussion lebte dann noch einmal auf bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs, der die Schieber und Wucherer durch die öffentliche Bekanntgabe ihrer Verfehlungen der allgemeinen Verachtung preisgeben soll. Der Entwurf kommt ja reichlich spät, und es erhebt sich deshalb Zweifelhaft (obgleich das Motiv durchaus zu loben ist), ob durch solche Mittel greifbare Erfolge zur Hebung der gesunkenen Moral sich noch werden erzielen lassen. Es ist ja an sich schon gar nicht so einfach, unter den gegenwärtigen Verhältnissen den Begriff Wucherer einmattfrei zu umschreiben. Selbst der Reichsjustizminister übte seinen Scharfsinn an dieser Frage. Und doch dauerte es fast zwei Stunden, ehe man in vielfacher Wechselrede sich über die endgültige Fassung der Vorlage schlüssig wurde. Das Interesse an den Verhandlungen flaute denn auch gegen Schluß der Sitzung ab.

### Das Schutzesetz.

Berlin, 15. Juli. (Von unserm Berl. Büro.) Die 3. Lesung des Gesetzes zum Schutz der Republik wird erst am Montag auf die Tagesordnung gesetzt werden. Einstweilen dauern die Verhandlungen noch fort, um die Streitpunkte aus dem Wege zu räumen und dem Gesetz eine große Mehrheit zu sichern. Womöglich handelt es sich dabei um den in zweiter Lesung gefassten Beschluß, wonach die gewalttätige Sprengung von Verhandlungen unter Strafe gestellt werden soll. Die Sozialdemokratie glaubt, sich mit dieser Vorkehrung nicht abfinden zu können. Die Deutsche Volkspartei macht ihre Zustimmung von dem Vorbleiben dieser Bestimmung abhängig. Angeblickt wird man wohl zu einer gütlichen Einigung kommen.

### Sitzungsbericht.

DRS. Berlin, 14. Juli. Der dem Reichstag kürzlich zugegangene Gesetzentwurf über den Ausschluß eines Teils des Kieler Hafens aus dem Zollgebiet bildete den ersten Gegenstand der Beratung der heutigen Reichstagsitzung. Der Reichs-Obersteiger Dr. Oberführer (Dn.) wies darauf hin, daß Kiel sich bereits seit Jahren um einen Freihafen bemühe, der für die wirtschaftliche Umgestaltung Kiels eine unbedingte Notwendigkeit sei. Auf gezielte Bestimmung der Verwirklichung des Projektes drang auch der Reichs-Stadtvorordnete Abg. Gagerstedt (Soz.). Seitens der WSP sprach sich Abg. Dittmann ebenfalls für die Vorlage aus. Zustimmungserklärungen gaben für die Deutsche Volkspartei der Abg. Gildemeister, für die Demokraten der Abg. Koch-Bebel und für das Zentrum der Abg. Kothaus ab. Nachdem nach Reichswirtschaftsminister Schmidt die lebhafteste Unterstützung der Vorlage durch sein Ministerium zugesichert und auch zugesagt hatte, ähnlichen Wünschen anderer Städte gerne entgegenkommen zu wollen, wurde der Entwurf in allen drei Lesungen angenommen.

Der Einspruch des Reichsrats gegen die vom Reichstag beschlossene Erhöhung der Einkommengrenze, bei der die Steuerzuschüsse für Militärrentner wegfallen sollen, fand seine Erledigung dadurch, daß beschlossen wurde, eine neue Abstimmung vorzunehmen, um festzustellen, ob die erforderliche Mehrheit vorhanden ist.

Der von den Koalitionsparteien eingebrachte Gesetzentwurf, den 11. August als Nationalfeiertag zu erklären, wurde ebenfalls dem Reichsausschuss überwiesen. Ohne Aussprache ging auch der Entwurf über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Rot der Presse an den vollzuständlichen Ausschuss. In der dann folgenden Beratung des Disziplinalgesetzes für die Wehrmacht, das die Verurteilung von besonderen Disziplinarvergehen für bestimmte militärische Vergehen vorsieht, äußerte Abg. Hänlich (Soz.) gegen Einzelheiten der Vorlage, in der die Sozialdemokratie den Verzicht erklärt, die vor der Revolution bestehende Entschädigung der Soldaten wieder herzustellen, schwere Bedenken. Auch Abg. Thoma (Komm.) sprach sich scharf gegen die Vorlage aus. Ein Vertreter des Reichswehrministeriums suchte die Bedenken der beiden Vorredner zu zerstreuen. Nach weiteren Ausführungen des Abg. von Gallwitz (Dn.), der in der Vorlage einen Fortschritt erblickt, wurde der Entwurf dem Ausschuss für die Militärgerichtsbarkeit überwiesen.

Hierauf wurden die Abstimmungen über das vom Reichsrat angelegene Gesetz betr. Teuerungsmassnahmen für Militärrentner nachgeholt; sie ergeben die einstimmige Annahme der Vorlage in zweiter und dritter Lesung.

Es folgte als letzter Punkt der Tagesordnung die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die öffentliche Bekanntmachung von Verurteilungen wegen Preistreibererei, Schleichhandels, verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände und unzulässigen Handels. Danach ist bei Verurteilung auf Freiheitsstrafen von drei Monaten oder mehr oder auf Geldstrafen von 5000 Mark an die öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung durch eine Tageszeitung sowie der öffentliche Anschlag auf Kosten der Schuldigen angeordnet. Mit der Vorlage zusammen beraten wurde ein von der Deutschen Volkspartei eingebrachter Entwurf zur Abänderung der Verordnung über Wucherergerichte und ein demokratischer Antrag auf verschärfte Anwendung der Verordnung gegen Preistreibererei. In einem inzwischen eingegangenen Zusatzantrag der Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten wird zum Ausdruck gebracht, daß der Preis keinen übermäßigen Gewinn darstelle, wenn er der Marktlage entsprechen

und wenn Höchstpreise der amtlich festgesetzten Marktpreise eingehalten werden, sofern nicht eine vorübergehende Notmarktlage geschaffen ist.

Reichsminister Dr. Rabbuch wandte sich gegen diese milderen Bestimmungen mit der Begründung, daß der reelle Kaufmann gegen ungerechte Verletzung geschützt werden müsse. Die Marktlage werde jetzt schon von der Rechtsprechung berücksichtigt, auch die Wiederanschaffung und die Geldentwertung. Der Minister bat, den eingebrachten Zusatzantrag abzuweisen. Dagegen sei die Zuschußentscheidung, die eine Entschädigung des Wiederaufnahmeverfahrens, die verstärkte Heranziehung von Sachverständigen und Maßnahmen gegen die Preistreibererei der Kartelle und Syndikate verlangt, zu begründen.

Der deutschnationale Abgeordnete Hammer forderte eine Verschärfung der Ausschuhbestimmungen, hielt es aber für notwendig, dem Kaufmann einen angemessenen Zuschlag als Ausgleich für die höheren Kosten, die ihm die Reuananschaffung der verteuerten Waren macht, zu gewähren. Den gemeinsamen Antrag des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten begründete Abgeordneter Sinowitsch. Der Sozialdemokrat Kraehig sprach sich entschieden gegen diese Entschädigung aus. Gerade jetzt, wo der Wucher in höchster Blüte stehe, sei eine solche Auslegung der Wucherbestimmungen geeignet, den Schutz des Konsumenten unmöglich zu machen. Er empfahl den Teil der Zuschußentscheidung, der eine strenge Kontrolle der Geschäftsbearbeitung der Kartelle und Syndikate verlangt. Seitens der Deutschen Volkspartei forderte Abgeordneter Cuno scharfes Einschreiten gegen den Wucher, aber andererseits einen Zuschlag für den reellen Kaufmann. Abgeordneter Karthaus ersuchte um Annahme des Antrages seiner Partei und unterstützte die Forderung auf strenge Kontrolle der Kartelle und Syndikate. Der unabhängige Unterlechner bekämpfte die Entschädigung der bürgerlichen Parteien. Auch Dr. Herzfeld (Komm.) wandte sich gleichfalls gegen die Anträge der bürgerlichen Parteien.

Hierauf ergriff Reichswirtschaftsminister Schmidt das Wort, der seinem Bedauern darüber Ausdruck verlieh, daß in der gegenwärtigen Zeit ein Abbau der Wucherergesetzgebung versucht werde. Er wandte sich im Zusammenhang damit gegen die Rechtsparteien, die kein Wort für die berechtigten Interessen der schwer leidenden Verbraucher gefunden hätten. In erster Linie müßten jetzt die Klagen der Verbraucherherauskunft berücksichtigt werden, die fürchtbar zu leiden hätte.

Damit war die zweite Lesung abgeschlossen, und das Haus vertagte sich um 1/8 Uhr auf morgen nachmittags 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Zwangsankleihe und andere Steuerentwürfe, das Reichskriminalgesetz und das Beamten-disziplinalgesetz.

### Kampfgewerkschaften und Parlamentskrisis.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.

Das Aktionsprogramm, das kurz nach der Ermordung Rathenau von den beiden sozialdemokratischen Fraktionen gemeinsam mit den Kampfgewerkschaften aufgestellt worden ist, erhebt plötzlich wieder drohend sein Haupt und bringt in die parlamentarische Lage eine krisenhafte Spannung von tiefem Ernst. Die außenpolitische Wirkung dieses Schrittes kann keinen Augenblick zweifelhaft sein. Die deutsche Regierung hat durch ein formelles Gesuch an die Reparationskommission endgültig einen Strich unter ihre Erfüllungsspolitik gezogen und erklärt: Deutschland kann nicht mehr zahlen. Diese Erklärung fällt mit dem Antrag zusammen, den England in der gleichen Richtung in der Reparationskommission gestellt hat. Eine Lage also, die einer Lösung des überaus brütenden Entscheidungssproblems so günstig ist wie nie zuvor! In diesem Augenblick treten die Kampfgewerkschaften zusammen mit den sozialdemokratischen Parteien auf den Plan, um durch ihre Drohungen einen Zwang auszuüben, der den Bestand der Regierung aufs Schwerste erschüttern muß. Sie schaffen eine Krisis, die in ihren vielfach außerordentlich nahegerückten Konsequenzen zu einer Abdankung der Regierung führen wird. Sie machen also das Deutsche Reich in einem Augenblick nach außen aktionsunfähig, in dem nur eine tatkräftige und zielbewusste Regierung das deutsche Staatswesen aus höchster Gefahr erretten kann. Wer diese Lage einen Augenblick ins Auge faßt, muß zu der Ueberzeugung kommen, daß der Schritt der Gewerkschaften nur die Eingebung einer geradezu verhängnisvollen Kurzsichtigkeit, ja einer verblendeten Leidenschaft sein kann.

In seiner innenpolitischen Wirkung bringt die drohende Haltung der Gewerkschaften eine Lage in größte Verwirrung, die sich in den letzten Tagen erfreulicherweise zu klären und zu beseitigen begann. Die Regierung schien wieder in ein richtiges Gleichgewicht gebracht zu sein, und das Gesetz zum Schutze der Republik hat in der zweiten Lesung eine Fassung erhalten, der eine Mehrheit auf breiter Grundlage, wahrscheinlich sogar eine zweidrittel Mehrheit sicher sein konnte, wenn sich alle Fraktionen des Reichstages von der Rücksicht auf das Wohl des Ganzen leiten ließen. Das Wohl der Gesamtheit erfordert namentlich unserer außenpolitischen Stellung wegen zur Zeit eine innenpolitische Verständigung. Dazu gehören selbstverständlich Zugeständnisse von beiden Seiten und man kann wirklich nicht behaupten, daß es die bürgerlichen Parteien an der Bereitwilligkeit zu einer Verständigung hätten fehlen lassen. Sie mühten auch jetzt noch, so weit namentlich die Deutsche Volkspartei in Betracht kommt, außerordentlich schwere Bedenken überwinden, um dem Schutzesetz in der Fassung der zweiten Lesung zuzustimmen. Ob diese Bereitwilligkeit weit genug geht, um dem Gesetz eine zweidrittel Mehrheit bei der dritten Lesung zu sichern, ist schwer vorzusagen. Auf jeden Fall aber ist die Verabschiedung des Gesetzes zu einer Unmöglichkeit geworden, wenn die Kampfgewerkschaften dem Reichstag ihr Aktionsprogramm zur Verwirklichung aufzwingen und zu diesem Zweck den Eintritt der Unabhängigen in die Regierung durchdrücken wollen. In diesem Falle kann es nur die Entscheidung zwischen ihnen und den bürgerlichen Parteien geben. Und deshalb hat sich die Lage plötzlich wieder so ernst gestaltet, daß kaum eine andere Lösung als ein Wahlskampfs denkbar erscheint.

Wollte der Reichstag sich unter der Forderung der Gewerkschaften beugen, so wäre die außenpolitische Wirkung verhängnisvoll. Die Besserung unserer Lage und die wirte



schäftliche Gefundung Deutschlands hängt ja nicht allein von der Stundung unserer Zahlungen, sondern von der möglichst fröhlichen finanziellen Hilfe ab, die uns für die nächsten Jahre vom Ausland her gewährt werden muß. Diese ganzen zwei Zeit nicht ungünstigen Ausichten verwandeln sich in nichts, wenn an Stelle einer immer noch gemäßigten deutschen Regierung der Radikalismus und an die Stelle der demokratischen Parlamentsherrschaft die Diktatur der Straße tritt. In dem Augenblick, in dem dies geschieht, sind Deutschland alle wirtschaftlichen Hilfsquellen des Auslandes für immer verschlossen. Und was wird innerpolitisch? Mit vieler Mühe haben die bürgerlichen Koalitionsparteien das Gleichgewicht unserer innerpolitischen Verhältnisse wieder einigermaßen zu befestigen vermocht. Die Deutsche Volkspartei hat durch ihre Bereitschaftserklärung zur Mitarbeit wesentlich dazu beigetragen. Wenn sich jetzt die bürgerlichen Parteien in derselben Rücksichtslosigkeit wie die sozialdemokratischen Fraktionen dem Willen außerparlamentarischer Draufschreiber weigern, so wäre das Gleichgewicht dahin und politisch wie wirtschaftlich ein geradezu verhängnisvoller Schritt in der Richtung der Diktaturherrschaft der Linken getan. Dieser drohenden Entwicklung muß der äußerste Widerstand entgegengekehrt werden und deshalb müssen und werden die bürgerlichen Parteien den Kampf aufnehmen. Ein Nachgeben gibt es nicht und darf es nicht geben. Sollten es die sozialdemokratischen Fraktionen mit den Gewerkschaften zusammen im schicksalsschwersten Augenblick deutscher Geschichte zur Aufhebung treiben, so werden sie die bürgerliche Front geschlossen finden. Denn jetzt geht es außen- und innenpolitisch um das Höchste und Beste.

**Das Reichskriminal-Polizeigesetz.**

13. Berlin, 14. Juli. Der Reichsrat hielt heute unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern Dr. Brücker eine Sitzung ab. Vor Eintritt in die Beratung des Gesetzentwurfes über die Errichtung eines Reichskriminal-Polizeiamtes und von Sonderbestimmungen der Polizeibehörden führte der bayerische Bevollmächtigte v. Trager Beschwerde über die Veröffentlichung des „Vorwärts“ zu dieser Materie. Er müsse den tief bedauerlichen Vorfall zum Anlaß nehmen, um erneut alle Mitglieder des Reichsrates an die Geheimhaltungspflicht zu erinnern. Der preussische Ministerialdirektor Meißner, der sich der Beschwerde anschloß, erstattete darauf den Bericht des 3., 5. und 7. Ausschusses über das Reichskriminal-Polizeigesetz. Die Vorlage fußt auf dem Gedanken, unbeschadet der Polizeiherrschaft der Länder, gewisse polizeiliche Funktionen und polizeiliche Kräfte beim Reich zu vereinigen. Der Reichsminister des Innern hat namens der Reichsregierung Änderungen vorgeschlagen, laut welcher auch ohne Antrag das Reichskriminal-Polizeiamt anspruchswelt im ganzen Reichsgebiet, durch seine eigenen Polizeibeamten Ermittlungen anstellen kann.

In der Beratung wurde von dem Vertreter Badens für den Fall, daß der weitergehende Prinzipalvertrag Badens abgelehnt werden sollte, ein Zusatz empfohlen, der lautet: „In Fällen eigener Ermittlungstätigkeit des Reichskriminal-Polizeiamtes ist der obersten Polizeibehörde des in Frage kommenden Landes unverzüglich Anzeige zu erstatten.“ Nach Erklärungen des bayerischen, bannischen und preussischen Vertreters wurde in der Abstimmung zunächst der badische Zusatzantrag ohne Widerspruch angenommen. Darauf wurde der Antrag der Reichsregierung mit 45 gegen 21 Stimmen angenommen. Das ganze Gesetz wurde in der Schlussabstimmung mit 66 gegen 10 Stimmen genehmigt. Es folgte die Ausschussberichterstattung über den vom Reichstag angenommenen Vorklagegesetz-Entwurf zur Änderung des Reichsbeamtengesetzes (Angehörige d. Antierkass.). Nach längerer Aussprache beschloß der Reichsrat gegen dieses Gesetz Einspruch zu erheben. Der Beschluß wurde mit 47 gegen 16 Stimmen gefaßt.

**Das Beamtengesetz.**

**Ereidigung in 2. Lesung.**

13. Berlin, 15. Juli. Der Rechtsausschuß des Reichstages erlebte in seiner heutigen Sitzung den Gesetzentwurf über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik in zweiter Lesung. Angenommen wurde ein Zentrumsantrag, den Ausdruck „Herabsetzung“ der Republik durch „Mißachtung“ zu ersetzen und weiter eine Entschärfung, welche die Regierung ersucht, dafür zu sorgen, daß im Dienste der Behörden keinerlei parteipolitische Propaganda betrieben wird. Angenommen wurde ferner ein Zentrumsantrag, Bestimmungen, welche die Richter in der Bemessung der Strafe einengen, zu streichen. Weiter wurden Zentrumsanträge angenommen, laut denen der von der Regierung vorgeschlagene kleine und große Strafenrat durch Disziplinar-Kammern und einen Disziplinarhof ersetzt werden sollen.

Die Disziplinar-Kammern sollen bestehen aus 7 Mitgliedern, darunter zwei richterlichen Beamten (1 Vorsitzender und 1 Beisitzer) und einem Disziplinarhof aus 11 Mitgliedern. Das Verzeichnis der mit dem Schutze der Republik besonders betrauten Beamten ist im Kabinett genehmigt und auf die Beamten des Büros des Reichspräsidenten ausgedehnt worden. Gestrichen sind die Ministerialamtsmänner in der Reichskanzlei. In dieser Fassung wurde das Verzeichnis vom Ausschuss angenommen.

**Die Reparationskrise.**

**Zur Ueberreichung der Antwortnote.**

13. Berlin, 14. Juli. Nach einer Pariser Meldung ist die Ueberreichung der Antwortnote der Reparationskommission auf die deutsche Notiz erst nach dem morgigen Abendstunde erfolgt, weil sich der englische Delegierte Bradbury lange geweigert hat, das Schriftstück neben dem französischen Vorsitzenden der Kommission, Dubois, zu unterzeichnen, und vorher mit diesem erbittert um den Wortlaut der Antwort gekämpft hat. Es soll sich besonders um die Strafe handeln, nach der „die Kommission davon überzeugt ist, daß die Reparationszahlungen nur eine der Ursachen der Geldentwertung, und zwar nicht die wichtigste, darstelle“.

Bradbury lehnte zunächst den Zusatz und „nicht die wichtigste“ Ursache ab, stimmte aber schließlich unter der Bedingung zu, daß das Wort „überzeugt“ gestrichen und statt dessen „die Kommission glaubt bemerken zu können“ gesetzt wurde. Da Dubois auf dem Wort „überzeugt“ bestand, schlug Bradbury vor, eine nomenklative Abstimmung darüber zu halten. Schließlich behielt Dubois recht. Bradbury ist gestern nach einer vorausgegangenen langen Unterhaltung mit Dubois nach London abgereist und wird voraussichtlich am Montag nach Paris zurückkehren.

Die französischen Pressevertreter wurden darauf aufmerksam gemacht, daß es sich diesmal nicht um die endgültige Lösung des Reparationsproblems handelt. Die Diskussion wird sich wahrscheinlich nur um die Fragen der Garantien drehen, von denen das Moratorium abhängig gemacht werden soll. Wie verlautet, soll Bradbury die Durchführung einer strengen Finanzkontrolle bereits als erste feste Garantie bezeichnet haben. Der belgische Delegierte soll sogar für die sofortige Herabsetzung der deutschen Schuld eingetreten sein. Frankreich denke an ein Pfand durch Abtretung eines Teiles des deutschen Aktienkapitals. Ferner sei Frankreich entschlossen, unter Hinweis auf den Verfall der Vertrag zu beantragen, daß Deutschland eine Erhöhung des inneren Schuldendienstes zur Nicht gemacht werde.

**Eine Forderung der britischen Industriellen.**

13. Berlin, 15. Juli. Nach einer Londoner Meldung hat der Vorschlagsausschuß des Verbandes der britischen Industriellen dem Premierminister eine Entschlieung zugestellt, in der gefordert wird, Großbritannien solle keinerlei Verpflichtungen hinsichtlich der Gewährung einer finanziellen Unterstützung an Deutschland eingehen, bevor der Industrie Gelegenheit gegeben worden sei, ihre Auffassung auszusprechen. Nach einer anderen Meldung soll der Stand der deutschen Markt an der Wallbörse in Bradford lebhaft besprochen worden sein. Man soll der Hoffnung Ausdruck gegeben haben, daß die finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands in befriedigender Weise geregelt würden.

13. Berlin, 15. Juli. Wie aus London gemeldet wird, kam der englische Delegierte in der Reparationskommission, Sir Bradbury, in London an, um über die Reparationsfrage zu sprechen. England ist darauf vorbereitet, die französischen Schulden zu annullieren, falls es in der Reparationsfrage die führende Rolle bekommt. England glaubt immer noch, daß die internationale Finanzwelt bereit ist, Deutschland eine Anleihe zu gewähren, falls sich Frankreich mit den englischen Vorschlägen einverstanden erklärt. Die Forderungen, welche die Vereinigten Staaten an die englische Regierung stellten, die Konsolidierung im Betrage von 938 Millionen Pfund Sterling ins Auge zu fassen, würde hiermit vollständig übereinstimmen.

Die „Times“ veröffentlicht einen Artikel von Huddleston über die Notwendigkeit einer rein geschäftsmäßigen Lösung der Reparationsfrage. Huddleston begrüßt es, daß die französische Kammer in diesem Augenblicke Ferien habe. Es wird darauf hingewiesen, daß man in England erkannte hat, daß der Frankens jeder Bewegung der Markt abwärts und aufwärts folge. Die alliierte Politik müsse in der Reparationsfrage einer gründlichen Revision unterzogen werden.

Wie die „D. N. Z.“ meldet, ist der Reparationsbeitrag für Juli an die Reparationskommission abgelehrt worden.

13. Berlin, 14. Juli. Die „Chicago Tribune“ stellt fest, daß die Unterhandlungen zwischen England und Frankreich über einen Vorschlag Englands auf seinen Reparationsanteil und auf sein Guthaben gegenüber Frankreich bereits soweit gediehen sei, daß die Reparationskommission sich gegenwärtig schon über eine Reueinberufung des Morgan-Komitees berate. Morgan befindet sich noch immer in England, und es verlautet, daß er sich entschlossen habe, nach so lange in Europa zu bleiben, bis eine endgültige Lösung in der Anleihefrage gefunden sein wird.

**Englischer Pessimismus.**

13. Berlin, 15. Juli. Nach einem Londoner Telegramm hielt der Schatzsekretär Sir Robert Horne im Unterhaus bei der dritten Lesung der Finanzvorlage eine Rede, in der er sagte: Die große Veränderung, die in Deutschland eingetreten sei, verurteile ernste Besorgnis. Die Schulden an Amerika seien Schulden und würden unbedingt abgetragen werden. Zum Schluß seiner Rede äußerte sich Sir Robert Horne, die Lage sei als vergrüßelt anzusehen.

**Um die Kriegsschuldfrage.**

13. Berlin, 15. Juli. Auf dem Kongress der Liga für Menschenrechte im Jahre 1922 soll, wie dem „B. L.“ aus Paris gemeldet wird, die Kriegsschuld nach einmal behandelt werden. In einem Vorschlag, der innerhalb der Pariser Abteilung der Liga verbreitet wird, heißt es, daß das besiegte Deutschland unwürdig behandelt wird und dazu verdammt sei, für viele Generationen den Elend der Kosten des Krieges zu bezahlen. Für Deutschland sei das Recht der Selbstbestimmung ein Wort ohne Sinn geworden. Es müsse deshalb ein Antrag unterbreitet werden, folgende Entschlieung anzunehmen: 1. Die Alliierten haben das Recht der Selbstbestimmung. Jede Kontrolle durch eine fremde Macht, jede Besetzung, auch wenn sie durch einen Vertrag gestützt werde, bedeute eine unangenehme Handlung. 2. Der Artikel 231 des Vertrages von Versailles, nach dem Deutschland als einziger Schuldiger an dem Kriege verdammt wird, widerspreche den Grundfähen der Erklärung der Menschenrechte.

**Anschlag auf den Polizeipräsidenten von Paris.**

13. Berlin, 14. Juli. Die „Böf. Jg.“ meldet aus Paris: Bei der Rückkehr von der heutigen Parade, die aus Anlaß des Nationalfeiertages stattfand, feuerte ein Unarmer auf den neuen Polizeipräsidenten von Paris Raudin, drei Revolverkugeln ab. Raudin blieb unverletzt. Der Täter wurde verhaftet. Er hat eingestanden, daß er beabsichtigt habe, Millerand zu erschließen. Der Angreifer ist nach einer Meldung der „Agence Havas“ ein gewisser Gustave Bauet. Er ist Mitglied der kommunistischen Partei und mehrfach verurteilt. Er erklärte bei seiner Vernehmung, er habe geschossen, um die Aufmerksamkeit auf die Lage des Proletariats zu lenken.

**Die Verfolgung der Rathenau-Mörder.**

13. Berlin, 14. Juli. (Fr.-Tel.) Die Verfolgung der Ministermörder Fischer und Kern ist bisher erfolglos geblieben. Eine neue greifbare Spur wurde vorläufig nicht gefunden. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß es den Mördern gelungen ist, aus der Einkreisung herauszukommen und einen bedeutenden Vorsprung zu gewinnen.

13. Berlin, 15. Juli. Eine amtliche Meldung beschäftigt sich mit der Verhaftung Rathenau. Flüchtling sind noch der Agentur Fischer und der Obersteuermann Kern. Gefaßt wird außerdem noch ein Mann Rainer Brand, der verdächtig ist, die Bereisung des zur Morthat benutzten Kraftwagens vermittelt zu haben. Festgenommen wegen des Verdachts der Täterschaft oder der Teilhaberschaft oder der Mitwirkung oder der Begünstigung und dem Amtsgericht vorgeführt wurden insgesamt 23 Personen. Die polizeilichen Ermittlungen werden jetzt der Anklagebehörde beim Staatsgerichtshof zugewiesen.

**Die Mörder im besetzten Gebiet?**

13. Bingen, 14. Juli. Die Kriminalpolizei Worms hat durch Fernsprecher an die Polizei in Bingen folgende Mitteilung gelangen lassen: Am 13. Juli nachmittags gegen 3 Uhr wurden auf dem Weg zwischen Pfiffelheim-Pfiedersheim zwei Radfahrer getroffen, deren Aussehen mit demjenigen der Täter übereinstimmen soll, die als Mörder Rathenaus bezeichnet sind. Es sind zwei Männer auf Radern gewesen, die hellgrüne Sommerjoppen trugen; ein Jackett sei heller als das andere. Die Jacketts sind hochgeschloffen. Die Männer tragen kurze Anzehen und Badenstrümpfe. Einer der Radfahrer hat auf dem Fahrrad einen Mantel aufgeschwemmt. Es wird um Anstellung von Nachforschungen und Bestätigung der Genbarmerstationen der Gegend ersucht.

13. Berlin, 15. Juli. Wie das „B. L.“ aus Hannover hört, sind in der Nähe von Peine Beamte auf 2 Männer getroffen, deren Kleidung der beschriebenen der Rathenau-Mörder ähnelt. Es kam zu einem Schußwechsel. Der eine der Flüchtigen soll leicht verwundet sein.

Der „Laf. Anz.“ erfährt aus Braunschweig, daß in Lahn zwei Männer verhaftet wurden, auf die die Beschreibung der Mörder Rathenaus paßt. Sie wurden ins Gerichtsgefängnis in Königslutter gebracht. — Nach einer Rainerg Drahtung desselben Blattes sind in Pfiffelheim 2 Radfahrer beobachtet worden, deren Aussehen mit der Beschreibung der Mörder Rathenaus übereinstimmt. Entsprechende Maßnahmen wurden getroffen. — Bei Harburg wurden nach einer Hamburger Meldung zwei Radler verhaftet, in denen man die Mörder Rathenaus vermutete. Es handelt sich aber um zwei Verbrecher, die kürzlich einen Polizeibeamten erschossen haben.

**Die Staatsunterstützung der Presse.**

5 München, 14. Juli. Bei der Beratung des Vorstels im Staatshaushaltsausschuß des bayerischen Landtages wurde von der Regierung mitgeteilt, daß von dem Reichsrat in Erwägung gezogen wurde, durch eine Besteuerung des Waldbesitzes einen Fonds zur Unterstützung der Presse zu bilden. Die bayerische Regierung habe von Anfang an die größten Bedenken gegen diese Regelung gehabt, weil dadurch eine ungleichmäßige Behandlung der Länder eintreten würde. Es sei zu bezweifeln, ob es möglich sein werde, die Abgabe reiflos bereinzubringen, durch die nur der Staat und der große Waldbesitz belastet würden. Die Ausfichten auf Annahme dieser Umsatzsteuer von 2 Prozent auf den Waldbesitz schiene jedoch sehr groß zu sein. In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß diese Aktion mit den Papierfabriken nichts zu tun habe, sondern daß diese Unterstützung dem Deutschen Verlegerverbande zur Verteilung zugewandt werden solle. Der Finanzminister bemerkte noch, daß eine möglichst gerechte Verteilung erfolgen solle und daß eine Belastung des bayerischen Budgets für 1922 auch nicht zu erwarten sei.

**Badischer Landtag.**

Die Nebenbohren. — Auszahlung der Beamtengehälter. — Alinea Votagen.

13. Karlsruhe, 14. Juli. Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung fand der Vergleich zwischen der Straßburger Straßenbahngesellschaft und dem badischen Staat über die in Baden gelegenen Linien der Gesellschaft zur Beratung. Nach diesem Vergleich wird die Gesellschaft durch einen von Baden und dem Reich je zur Hälfte zu leistenden Betrag von 3,3 Millionen Frs., das sind heute 92,4 Millionen Mark endgültig abgefunden. Ueber die Zukunft der Linien scheidet nach Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und dem Staat. In Verbindung damit stand ein von allen Parteien (mit Ausnahme der äußersten Linken) unterschriebener Antrag bezüglich der Unterstützung der badischen Betriebsbahnen durch das Reich. — Eine Aussprache fand nicht statt. Der Vergleich mit der Straßburger Gesellschaft wurde genehmigt und der Antrag über die Unterstützung der Privatbahnen mit allen Stimmen gegen diejenigen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Auch der Gesetzentwurf über den Abbruch der Strecke von Drischweiler bis zum Rheinufer und über den Ausbau der Strecke Drischweiler-Ettenheimmünster in eine Vollbahn fand Zustimmung.

Hierauf begründete Abg. Hofheinz (Dem.) eine förmliche Anfrage der demokratischen Fraktion über die Auszahlung der Beamtengehälter. Der Redner bemängelte, daß diese Gehälter für das 3. Vierteljahr noch auf Grund der Aprilregelung ausbezahlt würden, obwohl infolge am 1. Mai eine Neuregelung erfolgt sei. Die mit der Auszahlung beauftragten Stellen seien überlastet. Die Art des Berechnungssystems müsse vereinfacht werden.

In der Beantwortung der Anfrage erklärte Finanzminister Köhler, Rücksichtigkeiten in Gehaltszahlungen beständen nicht. Die Auszahlung der Beamtengehälter sei auf Grund der Weiterregelung erfolgt. Die von Monat zu Monat sich verändernden Bestimmungen über die Auszahlung der Gehälter, Zulagen usw. machten es einfach unmöglich, in der Arbeit in vollem Umfange diesen Veränderungen nachzukommen. — In Betreffung des Kultusministeriums bemerkte Ministerialrat Dr. Baumgartner, daß die Neuregelung, die auf Grund von Selbstberechnungsbogen erfolge, erst durchgeführt werden könne, wenn diese Bogen vorliegen. Das sei noch nicht restlos der Fall.

In der Aussprache bemerkte Abg. Weismann (Soz.), es dürfe nicht normieren, daß der Beamte auf seine Bezüge warten müsse. Abg. Seubert (Ztr.) bedauerte, daß durch die Vorbringung dieser Anfrage im Landtag die Stimmung in der Beamenschaft grundlos erregt wurde. — Abg. Hofheinz trat dem entgegen und Abg. Dr. Glöckner (Dem.) stellte fest, daß tatsächlich Systemverbesserungen notwendig seien. — Finanzminister Köhler erklärte, daß überall, wo Kassen vorhanden seien, diese mit der Auszahlung beauftragt würden. Man werde nach Möglichkeit versuchen, das System zu verbessern.

Zwei Anträge des Zentrums über die Verjüngung der Klein- und Mittelbetriebe mit elektrischem Kraftstrom und des Landbundes über die Befestigung des Grundgebäudeinventars wurden demnächst erledigt, doch die Regierung ersucht wurde, über die in den genannten Anträgen erwähnten Wünsche und Anregungen dem Landtag eine Denkschrift vorzulegen.

Ohne Debatte wurde dann der Gesetzentwurf über Änderungen im Forststrafgesetz und Forststrafverfahren angenommen, der sich in der Hauptsache auf Änderungen der Strafdrohungen bezieht. Ähnlich soll Versuch und Beihilfe bei Forstvergehen milder bestraft werden.

Einmütig angenommen wurde ferner ein von sämtlichen weiblichen Abgeordneten des Hauses eingebrachter Antrag, die Regierung möge bei der Reichsregierung dahin wirken, daß möglichst bald den verheirateten Beamtinnen der Austritt aus dem Staatsdienst dadurch erleichtert werde, daß ihnen eine entsprechende Abfindungssumme gewährt wird.

Am Schluß der Sitzung wurde noch eine große Anzahl Besuche erledigt. — Zu bemerken ist, daß in der Vormittags-Sitzung die Abgeordneten des Landbundes nicht gegen den Antrag über den Verkauf des Murgewerts stimmten, sondern sich der Stimme enthielten.

Die nächste Sitzung findet am Montag nachmittags 3 Uhr statt. Tagesordnung: Interpellationen.

**Deutsches Reich.**

**Zwei Reichswehr-Kommandeure ihres Amtes enthoben.**

13. Berlin, 14. Juli. Für die Reichswehr besteht bekanntlich ein Verbot der Teilnahme an Filmaufnahmen. Trotzdem hatten sich vor einiger Zeit Reichswehrtruppen bei der Herstellung des dritten Teils des Films „Friedrichs Reg.“ im Lager von Döberitz beteiligt. Die beiden Kommandeure der beteiligten Truppen sind deshalb zur Verantwortung gezogen und, wie die „B. B. Z.“ erfahren, nunmehr ihres Postens enthoben worden.

**Kein Streik im Ruhrgebiet.**

13. Berlin, 15. Juli. Die „D. N. Z.“ erfährt aus Essen zur Einigung im Ruhrgebiet, die gestern in Bochum die Bergbauernmännervereinbarung des alten Bergarbeiterverbandes beschloß: In der Entschlieung wird der Vorstand des alten Bergarbeiterverbandes aufgefordert, von einer Einreichung der abgegebenen Kündigungszettel abzusehen, so daß es also nicht zu einem Streik im Ruhrgebiet kommen wird.

**Zerstörungen auf Befehl der Entente.**

5 München, 14. Juli. Bei der Zweigtelle München der Reichstreuhandgesellschaft werden auf Anordnung der Orientalkommission die seiner Zeit im Münchener Zollamt beschlagnahmten neuen Jagdgewehre, im Ganzen 9000 Stück, zerstört. Es handelt sich dabei um umgearbeitete Militärgewehre, die nach Holland verkauft und für Rechnung eines ausländischen Abnehmers wieder nach Deutschland eingeführt worden waren. Zu militärischen Zwecken waren die Gewehre nicht mehr brauchbar.

**Aus dem Parteileben.**

13. Berlin, 15. Juli. (Von uns. Berl. Büro.) Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei vereinigte sich am Donnerstag im Reichklub zu einem geselligen Abend, der sich zu einer herzlichen Ehrung für ihren verehrten Kollegen Finanzminister A. D. Becker gestaltete. Abg. Dr. Stresemann gab einen Überblick über die Lage und sagte sodann Dr. Becker, in dessen Händen während Stresemanns Erkrankung die Führung der Fraktion gelegen hatte, unter lebhafter Zustimmung aller Anwesenden für seine glückliche und besonnene Leitung besonderen Dank.



### Wirtschaftliche Fragen.

**Kohlenbeschaffung durch die amerikanische Besatzungsbehörde.**  
 Mit welchen Schwierigkeiten die Kohlenversorgung Süddeutschlands zu kämpfen hat, zeigt folgender Vorfall, der uns von unrichtiger Seite mitgeteilt wird: Die Contordia-Hütte in Engers am Rhein versorgt gleichzeitig die Stadt Koblenz mit Gas. Infolge der über jedes Maß hinausgehenden Forderung der Entente auf Lieferung von monatlich 2.000.000 Tonnen Reparationskohlen auf Lieferung von letzter Zeit nicht mehr voll beliefert werden, so daß Gefahr bestand, daß die Gaslieferung an die Stadt Koblenz eingestellt würde. Die amerikanische Besatzungsbehörde hat nun kurzer Hand einen Rohm für Schmelzöfen und einen anderen mit 1200 Tonnen Gasoblasten für das Werk beschlagnahmt, beide Sendungen, die für Süddeutschland bestimmt waren. Es besteht die dringende Gefahr, daß auf diese Weise noch weitere Kohlenlieferungen eingestellt werden. Ein derartig rücksichtsloses Vorgehen der Besatzungsbehörden muß die Kohlennot in Süddeutschland ins Unfassliche steigern und jede geordnete Versorgung unmöglich machen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieses Vorgehen im Widerspruch steht mit den Vereinbarungen zwischen der deutschen Regierung und der Entente. Es muß daher dringend verlangt werden, daß die Regierung sich solchen Gewaltmaßnahmen nicht widerspruchslos fügt, sondern die schärfsten Vorstellungen erhebt.

### Der Stand der Feldgewächse in Baden Anfang Juli.

Der Juni war in der Hauptsache trocken und warm und die vorwiegend in Form von Gewitterregen gefallenen Niederschläge waren nicht überall ausreichend genug, um die Vegetation in der erforderlichen Weise zu fördern. Mandelort, so am Kaiserstuhl, im Hegel, im Harmsbacher Tal usw., waren diese Gewitter von Hagel begleitet, der zum Teil erheblichen Schaden angerichtet hat. Am ergiebigsten waren die Niederschläge in Südbaden, wo sich die Getreidefrüchte, insbesondere auf schweren Böden, erholen konnten, während in den meisten übrigen Landesgebieten die Trockenheit andauerte und die Ernteaussichten insofern ungünstiger beurteilt wurden als zu Anfang des vorigen Monats. Dazu kamen häufige Klagen über Verunreinigung aus fast allen Landesteilen, ferner über das Vorkommen von Kott sowie Englingen, Frühlage (beim Hafer) usw., jedoch ungesichert, hoffnungsvolle Berichte sehr selten sind und die Weizenzahl der Weidungen der Befruchtung Ausdruck gibt, daß die Getreideernte nach der Menge hinter der vorjährigen zurückbleiben wird. In einigen Bezirken Mittelbadens hat die Übermüdung von Roggen und Gerste infolge rasch eintretender Kälteperiode begonnen; anderwärts wurden und werden geringe Frostschäden, die nicht vorwärts kamen, grün abgemäht und veräußert.

Die Beurteilung des Standes der Kartoffeln lautet nach einer Mitteilung des Statistischen Landesamts im allgemeinen zufriedenstellend; auch die Berichte über die Futterrüben (Mürrüben) und die Zuckerrüben sind zum größten Teil nicht ungünstig. Die Heuernte ist in der Hauptsache beendet. Die Erträge wurden zum Teil in guter Beschaffenheit eingebracht, bleiben jedoch infolge der Trockenheit hinsichtlich der Menge vielerorts hinter dem Vorjahr zurück. Die Kleebäcker haben vielfach unter der Unmöglichkeit der Witterung gelitten, während die Zuckerrüben, namentlich die jüngeren Bestände, erheblich günstigere Erträge abwarfen. Auch gut gedüngte und mäherweise haben da und dort befriedigende erste Schnitte geliefert. Das Anpflanzen des Tabaks ist bei dem trockenen Wetter nur langsam vor sich gegangen; die Pflanzungen entwickeln sich übrigens in den meisten Bezirken zufriedenstellend. Die Reben stehen fast überall, insbesondere aber in den wichtigen Weinbaugebieten, so am Kaiserstuhl und in der Markgräfler Gegend, sehr schön und gesund. Am Kaiserstuhl hat Hagel stellenweise geschadet. P. A.

### Lohnbewegung im Raminiergewerbe.

II. Karlsruhe, 14. Juli. In der Lohnbewegung im Raminiergewerbe hat das Schiedsgericht beschlossen, den wöchentlichen Lohn für die Gehilfen bis zu 20 Jahren auf 1420 Mark, bis zu 24 Jahren auf 1460 Mark und über 24 Jahre auf 1500 Mark festzusetzen. Für Lieberstunden, Nebenarbeiten usw. werden besondere Vergütungen gewährt.

### Legung staatlich geprüfter Hochbaumstämme.

III. Karlsruhe, 13. Juli. Der Verein staatlich geprüfter Baumeister Badens (Hochbau) hielt seiner Tage hier eine Landesversammlung ab, in der Ministerialrat Dr. Hirsch über das neue Verdingungswesen, Regierungsbaumeister Hönig vom Arbeitsministerium über den Kleinwohnungsbaubau in städtebaulicher und bautechnischer Hinsicht und Bezirksbauoberinspektor Scherer-Karlsruhe über die Neubaudienstleistungen sprachen. Die Generalversammlung befaßte sich in der Hauptsache mit Standesangelegenheiten. Die nächstjährige Generalversammlung soll in Konstanz stattfinden.

### Nochmals Beamtengehälter.

In der letzten Zeit haben sich, so wird uns aus Beamtenkreisen geschrieben, die badischen Beamten bezüglich der Auszahlung rückständiger Gelder verschiedene Male mit dem Rechnungsrat Karlsruhe beschwerten. Nicht aus Liebe zum Stempel, sondern um Abhilfe zu schaffen, irren wir in die Deffentlichkeit. Weder reagierten bisher das Rechnungsrat bzw. die Landeshaupthauptstelle Karlsruhe nicht auf unsere Bestrebungen und wir Beamte sind bis heute immer noch nicht in dem Besitze der zustehenden Gelder. In Berlin

arbeitet man z. Zt. an der Verschärfung des Beamtengehaltes. Wenn die Regierung uns menschenwürdig bezahlt und menschenwürdig behandelt, braucht man keine Verschärfung im Beamtengehalt, das nur noch größere Erbitterung hervorruft. Wir Beamten brauchen Geld und nochmals Geld, daß wir unseren Hunger stillen können. Mit Paragraphen können wir unsere Wägen und die unserer Frauen und Kinder nicht befriedigen. Es ist endlich an der Zeit, daß sich das Ministerium des Innern einmal um das Rechnungsrat bzw. die Landeshaupthauptstelle Karlsruhe kümmert, um nicht noch mehr Erbitterung in die Kreise der Beamten zu tragen.

### Städtische Nachrichten.

Aus der Stadtratsitzung vom 6. und 13. Juli 1922.

#### Der neue Brotpreis.

Zufolge Steigerung sämtlicher Untkosten muß der Preis für das Kommunalverbandsbrot vom 17. ds. Mts. ab wie folgt erhöht werden: großer Laib 13 M., kleiner Laib 6,50 M., Kleinbrot 1,10 M.

#### Übernahme der im Schloß befindlichen staatlichen Sammlungen.

Das Ministerium des Innern und Unterrichts hat die von den städtischen Kollegien am 12. Januar und 17. Februar 1922 genehmigte Vereinbarung bezüglich der Übernahme der im Mannheimer Schloß befindlichen staatlichen Sammlungen als Beilage in die Verwaltung der Stadt Mannheim am 26. Juni unterzeichnet. Es wird bestimmt, daß die Gemäldegalerie nebst Kupferstichsammlung dem Kunsthallenrat und der Direktion der städtischen Kunsthalle unterstellt wird. Für die Pflege der staatlichen Antiken-Sammlung (Antiquarium) und der Gipsabgusssammlung, die dem historischen Museum der Stadt einverleibt werden, wird der Verwaltungsrat des historischen Museums zuständig sein. Die staatlichen naturwissenschaftlichen Sammlungen werden dem nach den Raumverhältnissen im Herbst ds. Ja. zu bildenden besonderen Verwaltungsrat für die städtischen Sammlungen für Natur- und Völkertunde unterstellt werden.

#### Erschließung von Baugebieten in der Oststadt.

In der Oststadt, jenseits der Otto Beckstraße sollen verschiedene im Rohbau bestehende Straßen völlig ausgebaut und außerdem zur Erschließung weiterer Baugebiete einige neuen in den Gebieten für offene und geschlossene Bauweise einige neuen Straßen hergestellt werden. Wegen der Bewilligung der Mittel für diese Arbeiten (Straßen und Kanäle) in Höhe von über 9 Millionen wird Vorlage an den Bürgerausschuß erstattet.

#### Erhebung einer Wohnungszugangssteuer.

Die Satzung für die Erhebung einer Wohnungszugangssteuer wird vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses genehmigt.

#### Schaffung eines Spielplatzes im Rheinauer Wald.

Im Rheinauer Wald wird eine Fläche von annähernd 3 ha für die Anlage eines Spielplatzes aus dem Waldorndaus ausgeschrieben und hierzu die Zustimmung des Bürgerausschusses und die staatliche Genehmigung eingeholt.

#### Aufhebung der Ortsstelle für Erwerbslosenfürsorge.

Die hiesige Ortsstelle der Erwerbslosenfürsorge wird aus Gründen der Personalarparnis mit sofortiger Wirkung aufgehoben, da ein Bedürfnis für eine derartige Fürsorge dort nicht mehr besteht. In Fällen einer durch Arbeitslosigkeit eingetretenen Notlage haben künftig die allgemeinen Fürsorgeeinrichtungen Hilfe zu leisten.

#### Erhöhung der Krankentransportgebühren.

Ab 15. ds. Mts. betragen die Gebühren für die Beförderung der Krankentransportpartie durch die Berufsfeuerwehr 21 M. für einen Kilometer innerhalb der Gemarkung und 34 M. außerhalb der Gemarkung. Stadt Abholungs- und Bestimmungsort und zurück wird künftig die tatsächlich zurückgelegte Kilometerzahl in Rechnung gestellt werden.

#### Erhöhung der Preise für die Benutzung des Herschelbades.

Zur teilweisen Deckung der Mehrausgaben werden, vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung des Bürgerausschusses, die Preise für die Benutzung des Herschelbades vom 15. Juli ab erhöht.

\*

Beim Ministerium des Innern wird beantragt, die frühere landesherrliche Verordnung vom 26. Juli 1918 über die weltliche Feier der Sonn- und Feiertage dahin abzuändern, daß an den 3 letzten Tagen der Karwoche außer Aufführungen erster Musik auch Theateraufführungen erlassen Inhalts stattfinden dürfen.

Die Sprunggebühren werden dem gestiegenen Aufwand für die Unterhaltung der Zuschauerränge entsprechend erhöht und mit Wirkung 1. August wie folgt festgelegt: für 1 Kub 100 M., für ein Schwim 50 M., für eine Riege 10 M. Die Zustimmung des Bürgerausschusses bleibt vorbehalten.

Das Zinsenentgelt der Carl Leoni-Stiftung wird fünf Studierenden der Handelshochschule zugewendet.

### Die Wohnungsnot.

Unschick, einer Sondererhebung des Statistischen Landesamts über den neuesten Stand der Wohnungsfrage hat sich ergeben, daß der Wohnungsbedarf in den letzten Monaten ganz erheblich zugenommen hat. Nach dem Ergebnis der letzten Erhebungen im Oktober 1920 wäre der dringende Bedarf an Wohnungen mit rund 15.400 Reumwohnungen zu bedecken gewesen; nach dem vom Statistischen Landesamt in Nr. 6 der „Statistischen Mitteilungen“ veröffentlichten Statistik hat sich der Wohnungsbedarf bis 1. Januar ds. Ja. auf rund 23.500 d. f. 44,3 Proz. gesteigert. In der Stadt Mannheim allein mangelt es an 5.200 oder einem Fünftel (19,6 v. H.) der im ganzen Lande als dringend notwendig anerkannten Wohnungen. Heidelberg bedarf zur Steuerung der dringenden Wohnungsnot der Schaffung von 3000 (11,3 v. H.) neuen Wohnungen. Die Stadt Karlsruhe benötigt dringend eines Zugangs von 2200 (8,3 v. H.), Pforzheim von 1000 (3,8 v. H.), Konstanz von 800 (3,0 v. H.) Wohnungen. Selbst in sämtlichen rein landwirtschaftlichen Amtsbezirken, wie beispielsweise Enges, Hüllendorf, Weisheim, Buchen usw. herrscht Mangel an dringend notwendigen Wohnungen. Daß in Karlsruhe der Wohnungsnot durch Förderung von Neubauten zu steuern, ist hinlänglich bekannt. In der Tat sind im Jahre 1921 im ganzen mehr neue Wohnungen erstellt worden als im Jahre 1914; in den ersten 5 Monaten des laufenden Jahres ist eine weitere Steigerung des Wohnungszuwachses gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 40,8 Proz. eingetreten. P. A.

III. Erhöhung der Gütersteuern? Die Handelskammer Karlsruhe hat beim Reichsverkehrsministerium angefragt, daß auf 1. Aug. d. J. abwärts eine Erhöhung der Gütersteuern zu erwarten sei. Der Reichsverkehrsminister ließ der Handelskammer auf das Schreiben folgendes Schreiben zugunsten: „Eine Erhöhung der Gütersteuern am 1. August d. J. ist bis jetzt nicht in Aussicht genommen.“

epd. Die Kirchensteuer vom Feuerstätten-Einkommen abhebbar. Im Steueranschluß des Reichstages wurde auf Antrag des Reichseinkommensteuergesetz die Bestimmung eingefügt, daß „Gewern“ die in Art. 137 der Reichsverfassung genannten Körperschaften“, d. h. die Kirchensteuern vom Gesamteinkommen der Einkünfte in Abzug zu bringen sind. Und zwar ist, da für das laufende Jahr die Kirchensteuer noch nicht feststeht, der im Vorjahr gezahlte Betrag abzuführen. Man wird diesen Betrag des Steueranschlusses bezeichnen dürfen, der eine Anerkennung des kulturellen und sittlichen Wertes der kirchlichen Arbeit bedeutet und zudem die kirchlichen Mitglieberten, die sich gerade der hohen Kirchensteuer mit großer Begeisterung, eines mit der Sache in innerer Zusammenhang stehenden Kampfmittels bedient. Auch sonstige Beiträge an „inländische“ Einrichtungen, die ausschließlich mit kirchlichen, künstlerischen, wissenschaftlichen, mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken dienen, können — soweit sie eine bestimmte Grenze nicht überschreiten — nach § 13 von dem steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden.

### Veranstaltungen.

pp. Der Hausfrauverband fand mit seinem letzten Vortragsnachmittag einen solchen Erfolg, daß er die Veranstaltung über nächste Woche wiederholen wird. Es wurde das Zubereiten von Eis ohne Maschine gezeigt. Eine Büchse oder Kanne oberhalb ein ähnliches, verschließbares Gefäß wird mit dem zum Einrieren bestimmten Flüssigkeit — die am einfachsten aus dem Sirup fertigen, bereits gezuckerten Eiswürfeln oder aus Vanilleeiswürfeln — aber auch nach anderen beliebigen Hausrezepten hergestellt wird — teilweise angefüllt, in einem Topf oder Eimer gestellt, um abzukühlen mit Viehloz gemischt, wie mit einem Mantel eingewickelt. Dann dreht man die Büchse in kleinen Abständen mit der Hand und kann nach Verlauf einer Viertelstunde das fertige Eis aus der Büchse nehmen oder man stellt die Büchse mit der Eiscreme in einen mit Glaswürfeln und Viehloz gefüllten Topf in die Kühlkammer, nachdem man zuvor die Büchse wenige Male gedreht hat. Die Kühlkammer sorgt hier das Einrieren sehr rasch u. vollständig, sie ist nicht nur ein leichter Wärmeleiter, sondern auch ein schlechter Wärmeleiter, da die Temperatur, ob sie nun über oder unter Null liegt, in der heutigen Zeit der teuren Brennstoffpreise wohl angebracht den Hausfrauen, die noch nicht im Besitze dieses Küchenartikels sind, die Anschaffung einer Kühlkammer zu empfehlen. Mit ihrer Hilfe läßt sich Zeit und Geld in bedeutendem Maße sparen. Die Herstellung ist ja ganz einfach. Voraussetzung ist nur das Vorhandensein einer guten, verschleißfähigen Röhre mit tragender Holzwanne.

3 Wiener Operettenspiele — Wagners. Margen Sonntag, den 16. Juli beginnen die seit mehreren Sommern hier beständig angeführten „Wiener Operettenspiele“ unter der Direktion Emil Reiter ihre Vorstellungen. Gegeben wird „Die schöne Helena“ von Jacques Offenbach. Diese Operette wird Montag wiederholt.

### Bewahren Sie Ihre und Ihrer Kinder

Zähne vor dem Verfall, indem Sie vor Zahnarzt **Zahnpulver „Nr. 23“** Dr. Bahrs anwenden. — Jede echte Packung trägt Dr. Bahrs' Namenzug. 500 Drogl.: H. Geyer, Mittelstr. 69; Drogl.: H. Marcks, Gontardplatz 21; Drogl.: P. Becker, am Seidenmarkt; Schloß-Drogl.: L. Böhler; Drogl.: E. Kuppertz, Schwertfegerstr. 25; Drogl.: Ludwig & Schützlein.

### Joachim Kromer — Ehrenmitglied des Nationaltheaters.

Der Stadtrat hat am 18. Mai ds. Ja. auf Antrag der Theaterkommission der Kammerfänger Joachim Kromer zum Ehrenmitglied des Nationaltheaters ernannt. Diese Ernennung wurde ihm gestern durch nachstehendes Schreiben eröffnet, das ihm durch die Theaterkommission bei einem gemeinschaftlichen Abschiedessen überreicht wurde.

„Seit 27 Jahren verdankt die Bevölkerung der Stadt Mannheim im Laufe von Stunden erhabenen und freundlichen Genießens auch der künstlerisch vollendeten Mitarbeit des Kammerfängers Joachim Kromer. Er hat seine herrliche Stimme, sein angebornes künstlerisches Feingefühl, seine hervorragende Gestaltungsstärke durch unermüdete Studien zur Meisterschaft gefördert und ist dabei dem Theater ein stets opferwilliger, niemals einer Laune nachgebender Freund gewesen. Zahlreiche Gestalten erster dramatischer Dichtung wie heiterer Mufe hat Kromer verkörpert; nie ist er von der Bule des Eclen abgewichen. So hat er den Ruhm der Mannheimer Bühne erhöht. Herr Joachim Kromer hat gedient, ihm mit Ende dieser Spielzeit in den Ruhestand zu versetzen. Um ihm auch fernerhin mit der Mannheimer Bühne zu verbinden und in dankbarer Anerkennung seiner Verdienste hat der Stadtrat auf Vorschlag der Theaterkommission Herrn

Joachim Kromer

zum Ehrenmitglied des Mannheimer Nationaltheaters ernannt.

### Ueber die Kritik.

Von Ottomar Enting.

Nur selten und fast immer mit einer gewissen Abneigung duddet es die Tageskritik, daß sich ein Schriftsteller auf den verschiedenen Gebieten der Poesie betätigt. Grade der Dichter, der sich in einem Buche als bestimmter Charakter gezeigt hat, wird nun auch gern nach der Art dieses Buches ein für allemal eingeschätzt. Wer im Epos Erfolg hatte, den sieht es sich bei den Durchschnittrichtern merkwürdig fest, daß er nun auch bei seinem „Fache“ bleiben müsse und nicht etwa nach anderen Kränzen trachten dürfe. Wer einen Band guter Dichtungen veröffentlicht, dem wird nur zu rasch die Fähigkeit abgeproben, Dichtungen zu schaffen, bei denen es auf das ankommt, was man äußere Handlung nennt. Ich rede hier nur von derjenigen Kritik, die uns so alljährlich begegnet. Die feineren Geister unter unseren

Kritikern, — und wir besitzen solcher hervorragender Männer glücklicherweise eine ganze Anzahl, — gehen natürlich an jedes Werk vorurteillos heran, und es ist ihnen für ihre Meinung etwa über ein Drama sehr gleichgültig, ob der Verfasser bisher nur Romane geschrieben oder ob von Beginn seiner Produktion an zum Theater geneigt hat. Die Durchschnittrichtern jedoch, die durch die Ueberschläge der Erzeugnisse auf dem Bühnenmarkt zur Hast im Urteilen des einzelnen genötigt wird, scheint bisweilen geradezu verzerrt zu sein, wenn jemand die Scholle, auf der er bis dahin aerie, verläßt und sich anderswo angusiedeln sucht. Aus solcher Mißstimmung heraus klingt dann die Ansicht über das Neue, Unerwartete oft scharfer, als es für den Schriftsteller, der sich mit vielem Eusse und unter vielen Kämpfen einen erweiterten Kreis für seine Bestallungstrait erobert möchte, gut sein kann.

Ich glaube dabei gewiß nicht an Uebelwollen der Kritik gegen irgendeinen Dichter; ich tadle sogar die verbitterte Art, in der häufig von Schriftstellern über die Rezensenten gesprochen wird. Der Stand unserer Kritik, auch derjenigen, die zu eilig einsehen muß, um gründlich sein zu können, ist im allgemeinen hoch zu nennen. Die meisten dieser Männer, die in kurzer Zeit berufsmäßig einen Hauf von Büchern „erledigen“ müssen, bewahren sich trotz der großen Last eine lobenswerte Gewissenhaftigkeit des Urteiles, und so mancher, der vielleicht aus unglücklicher Liebe zur Dichtkunst in das Amt eines Kritikers hineinkam, hat einen freudigen und idealen Sinn dafür, nur wenigstens durch sein Wort anderen, die sich, begünstigt als er selbst, dem poetischen Schaffen hingeben durften, zu helfen, sie zu fördern. Also: der Schriftsteller unserer Kritik durchwegs nicht gerade, indem wir ihn ungerechtigt und Unverständnis vorwerfen, weil sie uns etwa absprechend behandelte.

Aber als menschlich an sich wohl zu begreifen ist es immerhin, wenn Talente, die sich durch ein Werk oder gar durch mehrere Werke besonders tüchtig und vielleicht bahnbrechend nach einer bestimmten Richtung hin erwiesen haben, nun auch für gewöhnlich zugemutet wird, daß sie auf ihrem Wege bedarren sollen. Denn dieses Verlangen ist nicht nur das Ergebnis eines Vorurteils, sondern es läßt sich mit der Erfahrung begründen, daß in der Tat, wie mit den anderen Berufen, so auch in unserer Literatur, und man darf sagen: in der ganzen Kunst die Entwicklung mehr und mehr zum Spezialistentum hindrängt. Leider! Denn die Sonderstellung, die der einzelne Schriftsteller dadurch einzunehmen anzuheben ist, bedeutet zugleich, daß er nur einen engen Ausschritt der Welt sieht, ja, sehen soll. In der Wiedergabe dieser seiner eigenen Ideen kann er technisch Herr werden, aber unangenehm wird er auch zu einer Einseitigkeit kommen, die mit dem wahrhaft künstlerischen, dem allumfassenden Schauen nicht viel zu tun hat.

Ich meine deshalb, die Kritik sollte einen Dichter, der sich rechtlich bemüht, Wandlungen durchzumachen, bei diesen Versuchen, wenn sie auch zunächst nichts Bedeutendes zeitigen, eher ermuntern, als daß sie ihn immer wieder auf seinen Ursprung zurückweist und von ihm fordert, das zu bleiben, als was er einmal abgehandelt worden ist.

Denn das kommt hinzu und ist seltsam genug: dieselben kritischen Klammern, die den vorwärtsdrängenden Schaffenden mit warmem Blick anhalten wollen, klagen gleichzeitig über ewige Wiederholungen, sobald jemand ihrer Meinung gehorcht und sich vor dem Weiterschreiten hütet.

Die Kritik hat in ihrer Macht, zu hemmen und zu begünstigen eine große Verantwortung zu tragen. Auf sich schließlich jeder Dichter zu entschlößen, wie es in seiner Natur liegt, so wäre es doch glänzlich verkehrt, wollte er des Öffentlich ausgesprochenen Urteils nicht achten. Am Gewissen der Kritik das eigene künstlerische Bewußtsein zu schärfen, das ist etwas sehr Ruhbringendes. Und wer sich anstellt, als hätte ihm die Kritik nichts, der gesteht damit meiner Ansicht nach nur ein, daß er zu jener bequemen Selbstzufriedenheit herabgesunken ist, die sich mit unklarem Freuden und Bewunderung begnügt und das Talent unheilbar verkümmern läßt. Je schärfer die kritische Kritik ist, um so mehr kann sich der wirklich ein Schicksal seiner Gaben Arbeitende bei ihr Rat und Hilfe holen. Es ist zu bedauern, daß sich in so vielen Fällen Kunst und Kritik als Gegner empfinden, wo doch das Gefühl des Miteinanders für die höchsten Ziele, für die Beförderung des Schöpfungsgeistes auf Erden, das einzig Erprobliche wäre. Schierlich hat der Kritiker die Pflicht, im Bewerten einer Dichtung sich selbst als das Maß der Dinge anzusehen. Sobald er nicht ohne einer Art Unschicklichkeit seines Bespruchs überzeugt ist, verzicht ihm die Möglichkeit, sich über ein bestimmtes Werk bestimmt zu äußern. Denn er wird zaghaft werden, weil er es für denkbar hält, daß sein Urteil nicht sein kann oder daß anders, das selbe Werk anders abschätzende auch recht haben könnten. Es behart also jemand, der sich zum Richter absetzen will, bei aller Sorgfalt der Erwägungen einen Unbeirrbarkeit im Aussprechen. Diese unerschütterliche Eigenschaft des guten Kritikers sollte der Schriftsteller allemal achten und anerkennen, und er kann das auch, sofern nur aus dem noch so zusammenhängend noch so sehr das durchaus künstlerische beanspruchende Urteil von dem in hervorgerufen. — Der höchste Besitz des Kritikers, ohne den er bei noch so durchdringendem Verständnis weiter nichts ist, als eine tödliche Schelle.

Wie oft begegnet man, um auch das hier noch zu streifen, vielen Schriftstellern der Empfindlichkeit darüber, daß die Kritik bei Werken Verstorbenen so ganz anders — wie man es nennt: objektiver — damit milde gegenübersteht, als allem, was der Feder der noch Lebenden entfließt. Auch das Klage ist nicht richtig. Das verschiedene







# Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

## Continental-Gesellschaft für elektrische Unternehmungen Nürnberg

Das Gewinn- und Verlust-Konto weist nach Zuweisung von 500.000 M an den in Treuhandverwaltung befindlichen Wohlfahrtsfonds einen Ueberschuß von 2.858.231 M (1.381.146 M) aus. Von diesem sind zunächst 5% dem gesetzlichen Reservefonds aus 2.769.000 M (nach Abzug des Gewinnvortrags aus dem Vorjahre) 138.450 M und für statutenmäßige Tantieme dem Aufsichtsrat 134.420 M, zus. 272.870 M zu überweisen, wonach ein Restbetrag von 2.585.361 M zur Verfügung der Generalversammlung bleibt. Es wird beantragt, davon an 31.122 Stück Vorzugsaktien 8% Dividende mit 2.489.700 M auszuschütten und den Rest von 95.661 M mit 2.489.700 M vorzutragen. Der G.V. wird der Antrag unterbreitet, eine Gleichstellung der Vorzugsaktien und des noch vorhandenen Restes an Stammaktien vorzunehmen. Des weiteren wird die Ausgabe von nom. 2 Mill. M neuer Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht, die zum Schutz gegen Ueberfremdung in feste Hand begeben werden sollen, beantragt.

In der Bilanz stehen Effekten mit 12,84 Mill. M, Kontrahantenkonto mit 10,67 Mill. M, Konto-Unternehmungen in eigener Verwaltung mit 5,79 Mill. M, Mobilien-Konto mit 1,17 Mill. M, Kassa-Konto mit 26.897 M u. Treuhandverwaltungs-Konto mit 2,34 Mill. M zu Buch. Demgegenüber stehen zu Buch: Aktienkapital-Konto mit 32 Mill. M, Obligationen-Konto mit 5,93 Mill. M, Reservefonds-Konto mit 1,02 Mill. M, Hypotheken-Konto mit 49.000 M, Kreditoren-Konto mit 17,39 Millionen M, Konto Rückstellungen für Betriebsunternehmungen und Befähigungen mit 7,89 Mill. M, Dividenden-Konto mit 29.472 M, Obligationenzinsen mit 119.276 M, ausgelosten und noch nicht zurückgezahlten Obligationen 93.840 M, Treuhand-Verwaltungs-Konto 2,34 Mill. M.

Ueber die Unternehmungen und Beteiligungen wird einzeln berichtet. Die Rheinische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft Mannheim hat für das Jahr 1920/21, nach Auszahlung von 6% Dividende auf ihre Vorzugsaktien, den Stammaktionären 15% Dividende gegenüber 10% im Vorjahre ausbezahlt können. Das Aktienkapital der Gesellschaft ist durch Ausgabe weiterer 18 Mill. M Stammaktien auf 60 Mill. M erhöht worden.

Dem Bericht des Aufsichtsrats ist u. a. zu entnehmen, daß die Geschäftslage während des Berichtsjahres weiterhin unter dem Einfluß der allgemeinen Unsicherheit der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse stand. Nachdem die Preise für die wichtigsten Bedarfsartikel der Unternehmungen in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres im großen und ganzen gleich geblieben waren, setzte gegen Herbst 1921 eine allgemeine Preissteigerung ein, die sich dann in gewaltigen Sprüngen fortsetzte und bis heute ihren Abschluß noch nicht gefunden hat. Die Materialpreise waren im Frühjahr 1922 für die wichtigsten Gegenstände auf das 4- und 5fache, zum Teil sogar bis auf das 8fache der Preise vom Sommer 1921 gestiegen. Die Löhne und Gehälter haben sich innerhalb eines Jahres auf das 3- bis 4fache erhöht. Seit Beginn des Jahres 1922 haben die Lohn- und Gehaltstarife von Monat zu Monat Erhöhungen erfahren. Im Folge dieses jähren Hin- und Aufschwunges der Material- und Personalunkosten erhöht sich natürlich auch die sonstigen Unkosten, Versicherungsprämien, Postgebühren usw. fortwährend. Immer drückender werdende Belastungen erwachsen aus der Steuergesetzgebung, die sich rastlos bemüht, immer größere Fluten aus dem Brunnen der Privatwirtschaft in die bodenlosen öffentlichen Kassen hinüberzurumpfen.

Für alle diese gesteigerten Ansprüche an die Leistungskraft der Unternehmungen mußte durch rasche Anpassung der Stromverkaufs- und der Verkehrstarife an die veränderten Verhältnisse laufend Fürsorge getroffen werden. Dies konnte auch zufolge des Verständnisses, das sich in der Allgemeinheit für die Lebensnotwendigkeiten der Unternehmungen allmählich herausgebildet hat, jeweils mit dem Ernüchterungsgeschehen, daß die Gewinne der Werke sich ziffermäßig im großen und ganzen auf der vorjährigen Höhe hielten, zum Teil sogar die Dividendensätze etwas erhöht werden konnten. Allerdings muß dabei beachtet werden, daß die Werke, deren Anlagen ganz oder zum größten Teil noch für Goldmark erstellt wurden, die Zinsen bzw. Dividenden in Papiermark, die von Jahr zu Jahr weniger gibt, bezahlen, sodaß, wenn auch in der den Geldgebern zufließenden Rente die Geldwertung einigermaßen berücksichtigt werden soll, auf weit höhere Dividendensätze, als sie aus den Friedenszeiten übernommen worden sind, gegangen werden mußte.

Auf die Bereitwilligkeit des Privatkapitals, größere Geldbeträge in Elektrizitätsversorgungs-Unternehmungen anzulegen, sind diese aber in hohem Maße angewiesen, denn der Geldbedarf für die Neuanlage oder die Erweiterung von Elektrizitätswerken ist andauernd sehr groß und braucht zu seiner Befriedigung das Zusammenwirken von öffentlichem und privatem Kapital. In ansehnlicher der außerordentlich starken Inanspruchnahme der öffentlichen Gelder und des staatlichen und gemeindlichen Kredits für viele andere Zwecke wird in letzter Zeit auch von Elektrizitätsversorgungs-Unternehmungen mit überwiegend staatlichem oder gemeindlichem Einfluß das Privatkapital zur Geldbeschaffung in steigendem Maße mit herangezogen. Damit kommt auf der ganzen Linie die gemischtwirtschaftliche Betriebsform mit zunehmender, vielfach ausschlaggebender Privatbeteiligung mehr und mehr zur Ausbreitung, sodaß sie als die den Gegenwartsverhältnissen am besten Rechnung tragende Normalform von Elektrizitätsunternehmungen bezeichnet werden kann.

Eine weitere für die Elektrizitätsversorgung der Gegenwart typische Erscheinung ist der Zusammenschluß der einzelnen Werke zwecks gegenseitiger Stromentnahme und Stromlieferung. Diese Zusammenschlußbewegung hat ihre Ursachen in der Sicherheit, die beim Versagen der eigenen Stromerzeugungsanlagen in der Möglichkeit der Heranziehung eines anderen Werkes liegt, in der Möglichkeit besserer Ausnutzung der Stromerzeugung für verschiedene Versorgungsgebiete, deren Belastungsspitzen zeitlich nicht zusammenfallen, in den immer größer werdenden Kosten für die Erweiterung der Stromerzeugungsanlagen, die dem meist mit geringeren Mitteln möglichen Bezug von Stromüberschüssen benachbarter Kraftwerke in vielen Fällen den Vorzug vor der Erweiterung des eigenen Werkes verschafft und endlich in dem durch die große Kohlensteigerung und die ungenügende Kohlenversorgung mächtig geförderten Ausbau von Wasserkraften, die, soweit sie nicht von chemischen Spezialindustrien restlos ausgenutzt werden können, zu ihrer Verwertung auf die Zusammenfassung großer Versorgungsgebiete mit möglichst vielgestaltigen Absatzmöglichkeiten angewiesen sind.

Deutsche Steinzeugwarenfabrik für Kanalisation und Chemische Industrie in Friedrichsfeld I. B. Die Gesellschaft beruft auf den 7. August ds. Js. eine außerordentliche Generalversammlung nach Charlottenburg ein, um über den Interessengemeinschaftsvertrag mit der Deutschen Ton-u. Steinzeugwerke A.-G. Beschluß zu fassen. Weiterhin stehen auch Wahlen zum Aufsichtsrat auf der Tagesordnung. Die Deutsche Ton- und Steinzeugwerke A.-G. Charlottenburg beruft zur selben Zeit ihre a.-o. G.-V. ein.

## Dollarkurs 460 Mark.

### Börsenberichte.

#### Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 14. Juli. Die Tendenz war ziemlich fest. In Aktien der Gebr. Fahr war lebhaftes Geschäft zum Kurse von 620%, ferner in Benz zu 530% (nachbörstlich notierten Benz 525 bez. u. G.), Karlsruher Maschinenbau stellten sich 815 G., Haid u. Neu 750 G., Maschinenfabrik Bodenia sich 570 bez., Rhein-Elektra 425 G., 430 B., Zellstofffabrik Wald-740 G. und Zuckerfabrik Waghäusel 710 G. Von Versicherungsaktien wurden Mannheimer Versicherung zu 2250 Mark pro Stück gehandelt.

### Devisenmarkt

Mannheim, 15. Juli. (9.35 vorm.) Es notierten am hiesigen Platz: Newyork 460-465, London 2040-2055, Holland 17800-17900, Schweiz 8800-8850, Paris 3750-3800.

Newyork, 14. Juli. Die Reichsmark notierte nachbörstlich mit 0,21% (0,25%) cents, was einem Dollarkurs von 462,53 (398) M entspricht.

Wien	12.	14.	(in Kronen)	2228,30	2459,90
Amsterdam	10747,-	11697,-	Zürich	5288,78	5742,75
Berlin	5045,-	5322,50	Wien	6435,-	—
Bombay	1488,78	1527,75	Wien	1219,70	1334,70
Kopenhagen	1328,25	1334,75	(in Franken)	23,50	23,50
Zürich	13,-	14,-	Brüssel	41,30	40,90
Berlin	1,23	1,11	Kopenhagen	112,50	112,40
Wien	0,02	0,01	Stockholm	135,-	135,25
Frankfurt	11,-	11,-	Christiana	85,50	86,-
Paris	252,70	252,75	Madrid	81,30	81,25
New York	5,22	5,22	Buenos Aires	185,25	185,00
London	33,10	33,10	(in Gulden)	66,75	66,80
Paris	45,10	42,63	Stockholm	42,50	42,10
Amsterdam	13,-	14,-	Christiana	2,57	2,58
Wien	11,44	11,45	Brüssel	20,15	20,05
Berlin	0,59	0,56	Madrid	40,20	40,12
Paris	21,22	21,17	Italien	11,70	11,67
Schweiz	49,50	49,50	(in Kronen)	20,64	20,60
Wien	0,21	0,21	Stockholm	39,30	38,10
Kopenhagen	55,50	55,40	Antwerpen	36,30	36,10
Kopenhagen	13,-	14,-	Helsingfors	8,74	8,80
Stockh.	1,50	1,03	(in Kronen)	17,18	17,15
Stockh.	102,83	101,-	Stockh.	22,25	21,60
Holland	69,20	69,40	Paris	30,78	30,15
New York	4,60	4,60	Brüssel	30,78	30,15
Stockholm	12,-	14,-	Helsingfors	—	—
Stockh.	0,27	0,26	(in Kronen)	18,00	18,57
Stockh.	150,23	150,-	Italien	4,45	4,44
Schweiz	74,25	74,20	Deutschland	0,22	0,27
Washington	3,87	3,87			

New York, 14. Juli (WB) Devisen.

Frankreich	2,21	2,13	Schweiz	15,15	15,15
Belgien	7,02	7,17	England	4,44	4,44

### Waren und Märkte.

#### Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 14. Juli. (Drabth.) Die Abhängigkeit der Preisbewegung auf dem Getreidemarkt von den Bewegungen der Devisen-Notierungen zeigte sich heute wieder deutlich. Weil die Devisen wieder in die Höhe gingen, zogen auch die Preise am Produktenmarkt bei allgemeiner Zurückhaltung der Abgeber merklich an. Das Geschäft hielt sich aber wegen der Undurchsichtigkeit der ganzen derzeitigen Verhältnisse in engen Grenzen. Für Weizen waren die Offerten spärlich. An Berliner und auswärtigen Mühlen konnten bei mäßigen Forderungen Verkäufe getätigt werden. Roggen hatte gestern größere Umsätze, doch sind die Offerten indessen meist zurückgezogen worden. Hafer wurde etwas höher bezahlt. Von den übrigen Artikeln ist nichts wesentliches zu berichten.

Preiserhöhungen. Mit Wirkung vom 3. Juli erhöhte sich der Zementpreis des rheinisch-westfälischen Bezirks um 5002 M für 10.000 kg. Die Verkaufsstelle vereinigter Fabriken isolierter Leitungsdrähte hat ab 6. Juli die Preise für NGA, NGAB, NGAF, NGAZ, NGAT, NFA schwarz imprägniert auf 70%, NPL, NPLR, NPLS, NSA, NFA mit Glanzanblechtung auf 90%, für alle übrigen Typen auf 100% erhöht. — Der Verein Deutscher Eisengießereien hat beschlossen, die Gußwarenpreise für Juli um 15% zu erhöhen. — Der Kalkverband Mitteldeutschland hat den Preis für 10 Tonnen gebrannten Kalk um 100% heraufgesetzt. — Vom 7. Juli ab trat des weiteren eine Erhöhung der Stickstoffpreise ein, und zwar betragen die neuen Preise für das Kilo Stickstoff im schwefelsauren Ammoniak, gewöhnliche Ware, 72,20 M, im schwefelsauren Ammoniak, gedarrt und gemahlen 73,90 M, im salzsauren Ammoniak 72,20 M, in Kaliammonsalpeter 72,20 M.

#### Berliner Metallbörse vom 14. Juli.

Preis in Mark für 1 Kg.		13. Juli		14. Juli	
Elektrolytkupfer	137,00	137,00	137,00	137,00	137,00
Raffinadekupfer	127-125	127-125	127-125	127-125	127-125
Blei	46-40	46-40	46-40	46-40	46-40
Zinn	50-51	50-51	50-51	50-51	50-51
Nickel	50-51	50-51	50-51	50-51	50-51
Plattin	43-45	43-45	43-45	43-45	43-45
Aluminium	183	183	183	183	183

London, 14. Juli (WB) Metallmarkt. (In £st. für 4 engl. t. v. 1016 kg.)	
Kupfer Kass.	63,25 61,45
do. 3 Monat	63,75 62,50
do. Elektro	70,25 70,25
Nickel	100,- 100,-
Zinn Kass.	153,25 153,25
do. 3 Monat	154,- 154,-
Plattin	154,- 154,-

Chicago, 14. Juli (WB) Futtermittel. (Nachdruck verboten.)	
Wolzen Juli	116,95 115,25
Mais Juli	82,25 82,25
Soja Juli	64,50 64,50
Hafer Sept.	36,48 37,-
do. Dez.	40,45 40,75
Roggen Sept.	63,50 63,50
Roggen Dez.	55,25 54,45
Sohnals Juli	10,77 10,75
Parz. Sept.	11,07 10,97
Rippen Sept.	10,82 10,86
Speck niedr.	10,50 10,50
do. hoch.	11,50 11,20
Schweln	10,85 10,85
leicht niedr.	10,95 10,95
schw. niedr.	10,15 10,15
schw. hoch.	10,75 10,75
Zuf. Chicago	36000 37000
Westen	109000 90000

### Schiffahrt.

Die Lage am Ehrfrachtenmarkt. r. Duisburg-Ruhrort, 13. Juli. Die Wasserführung des Rheins war in der Berichtszeit wie in den letzten Monaten reichlich, sodaß die Kähne nach wie vor mit voller Last rheinaufwärts schleppen konnten. Ende Juni betrug der Wasserstand am Kauber Pegel 3,03 m, am 11. Juli 2,54 m.

Das Frachtgeschäft war in den letzten Wochen auf dem Rhein nicht so lebhaft wie in der zweiten Hälfte des Monats Juni. Es wurden bei geringem Angebot 210 M ab Rhein- und Ruhrhäfen bezahlt. Das Kanalgeschäft ist noch immer still. Es gelangen nur vereinzelte Reisen, und zwar in Fracht zu 47,50 M pro Tonne sowie 2,20 M Tagesfracht zum Abschluß. Das Exportkohlegeschäft verläuft weiter ruhig. Wenige Kähne werden ab und zu hierfür aus dem freien Markt entnommen. Die Exportpreise werden mit 50 und 65 cents ab Rhein- und Ruhrhäfen bzw. ab Kanal bezahlt. Nach Antwerpen werden 4 bzw. 5 Frs. frei Schleppen bezahlt. Der Schlepplohn nach Mannheim wird an der Schifferbörse in Ruhrort mit 120-125 M notiert. Die Kipperleistungen hielten sich in der Höhe des Vormonats und bezifferten sich auf 25-27.000 Tonnen arbeitstäglich. Die Wagengestellung ist gut. Den an die Eisenbahnverwaltung gestellten Anforderungen in Bezug auf die Gestellung von Leerwagen ist jederzeit in vollem Umfang entsprochen worden. Seit Dienstag ist das holländische Schiffpersonal in Streik getreten. Die holländischen Schiffsmannschaften verlangen, daß die im vorigen Jahre erfolgte Lohnreduktion wieder rückgängig gemacht wird. Weiter liegen Forderungen hinsichtlich der sozialen Gesetzgebung vor. Der Streik macht sich bereits dadurch geltend, daß geladene Exportschiffe vergeblich nach Schleppkraft zu Tal suchen. Dem deutschen Schiffpersonal wurde für den Monat Juli eine wöchentliche Zulage von 300 M gewährt. Die Zulage für die Schiffe beträgt im 1. Jahre 150 M, im 2. Jahre 200 M und im 3. Jahre 250 M.

Schiffsverkehr auf dem Oberrhein. Der Verkehr nach dem Oberrhein ist nach wie vor sehr lebhaft. Die Boote können bis nach Basel durchfahren. Der Wasserstand in Hünningen zeigt heute einen Stand von 2,50 m, ist also in den letzten Tagen etwas gefallen. Jedoch ist dies bei dem günstigen Wasserstand, welchen wir immer noch zu verzeichnen haben, unerheblich. Schleppkraft war genügend vorhanden, sodaß es möglich war, sämtliche Kähne prompt weiterzubefördern. An Schlepplohn werden notiert: nach Karlsruhe 35 M, nach Kehl/Straßburg 85 M pro Tonne. Auch nach dem Niederrhein ist die Schifffahrt diese Woche etwas lebhafter gewesen. Es ging eine größere Anzahl beladener Kähne mit Salz, Holz und Abbränden zu Tal. Schleppkraft zu Tal war genügend vorhanden. Die Umschlagsbetriebe in den hiesigen sowie Ludwigshafener Häfen haben voll und ganz Beschäftigung. An Tagesmiete wird notiert 2-2,20 M pro Tonne und Tag, an Fracht 50-55 M pro Tonne. Der Talschlepplohn steht 1400% über dem Normaltarif. Das Geschäft in Holland hat zurzeit etwas nachgelassen. Es wird notiert für Fracht 1,50 fl. pro Tonne und für Schiffe in Tagesmiete 3-4 cents pro Tonne und Tag. Der Verkehr auf dem Neckar ist zurzeit noch sehr lebhaft.

Schiffsverkehr. Der Dampfer „Noordam“ der Holland-Amerika-Linie, Rotterdam, ist am 28. Juni von Rotterdam abgegangen und am 8. Juli vormittags in Newyork angekommen. — Der Dampfer „Finland“ der Red Star Line, Antwerpen, ist am 1. Juli von Newyork abgegangen und am 11. Juli nachmittags in Antwerpen angekommen.

Schiffsverkehr. Der Schnellpostdampfer „Mount Carroll“ der Hamburg-Amerika-Linie ist am 11. Juli in Newyork angekommen. — Der Dampfer „Kroonland“ der Red Star Line, Antwerpen, ist am 29. Juni von Antwerpen abgegangen und am 10. Juli vorm. in Newyork angekommen.

### Kursbericht über Kall-Aktien und -Kuxe

Notierungen vom 11. Juli.					
Name	Nachfrage	Angebot	Name	Nachfrage	Angebot
Alexandershall	163000	167000	Meile	—	22900
Altenhall	20000	21000	Marie Luise	—	22500
Alar Hammonia	—	—	Max	—	22500
Assa	116000	120000	Meinradhausen	—	11800
Balmrode	—	—	Neustadt	—	42000
Bergmannesee	235000	232000	Neustadtfurt	—	60000
Bernstorff	31000	33000	Oberhof	—	27000
Braunschweig-Lüneburg	56000	61000	Prinz Eugen	—	26000
Burbach	430000	430000	Ransack	—	36000
Burggraf	31000	33000	Reichskrone	—	31000
Burtenland	75000	73000	Reichsbrunn	—	33000
Carlsahl	31000	38000	Richard	—	31000
Einigkeit	100000	104000	Rothenberg	—	31000
Eilers	40000	—	Rothenside	—	55800
Erlingshausen	48500	50500	Rössing Barthen	—	83000
Friedrichsdorf	73000	75000	Sachsen Weimar	—	120000
Friedrichshof	54000	54500	Selamünde	—	87000
Furstenhall	66900	68500	Schwartzberg	—	37000
Gabro	81000	83000	Siegfried I	—	63000
Gleiwitz	330000	345000	Siegfried Gleissen	—	148000
Grossherz, Wilhelm Ernst	59000	61500	Thüringen	—	42000
Gleiwitzhall	63500	66000	Volkenroda	—	116000
Haldorf	41500	43000	Walbeck	—	83000
Hansa Silberberg	115000	120000	Walter	—	34500
Hedwigshaus	13300	14600	Wilhelmshall	—	163000
Hellgenhütte	11000	11500	Wilhelmshall-Oelsburg	—	26500
Hellgenroda	21300	21700	Wintershall	—	140000
Helmoldshausen	26500	27500	Adler	—	1570
Heldringen I.	15000	16000	Benthe	—	290
do. II.	15000	16000	Groscherzog von Sachsen	—	1350
Heringen	58000	61000	Heilsche Kal	—	1175
Hermann II.	28000	29000	Hannoversche Kal St.	—	1200
Hindenburg	160000	167000	Heidberg	—	1480
Hohenfels	129000	134000	Justus	—	200
Hopstedt	72000	74000	Krügershall	—	800
Hugo	168000	172000	Ronneberg	—	2800
Immanrode	69000	72000	Salzdfurt	—	2450
Imgard	34900	35000	Sigmundshall	—	2600
Johanneshall	45000	49000	Stiefelbue	—	990
Kaiseroda	430000	440000	Teufels	—	1825
Kaligahall	160000	167000	Wittfeld	—	725
Karlglück	58000	60000	Manzfelder	—	650

Tendenz: Nach fester Eröffnung trat leichte Abschwächung ein. Kuxe fest.

### Wasserstandsbeobachtungen im Monat Juli

Pegelstation vom Rhein	Datum						Bemerkungen
	10.	11.	12.	14.	15.	16.	
Sebestenshall	2,80	2,82	2,80	2,78	2,72	2,68	Abends 6 Uhr
Kohl	3,27	3,35	3,31	3,23	3,26	3,41	Nachm. 2 Uhr
Waxau	3,14	3,17	3,17	3,13	3,15	3,22	Nachm. 2 Uhr
Mannheim	4,17	4,14	4,19	4,23	4,11	4,25	Borgade 7 Uhr
Wains	2,95	2,94	2,93	2,88	2,85	—	F.-B. 12 Uhr
Kaub	2,51	2,57	2,52	2,53	2,57	—	Nachm. 2 Uhr
Köln	—	—	—	—	—		



# Bildung und Unterhaltung

## Neußerer Ansehen.

Von Alexander von Gleichen-Rufmurr.

Ohne Zweifel legt die Stellung in der Gesellschaft harte, ja unerbittliche Pflichten auf. Mag die philosophische Theorie darüber spotten, die praktische Lebenserfahrung lehrt, daß sie ein Feilich für den zivilisierten Menschen ist und bleibt, ein Feilich, den er oft bewußt und noch öfters unbewußt mit Inbrunst anbetet. Er bringt dem Götterbild die peinlichen materiellen und moralischen Opfer, weicht ihm die Träume des Tages und der Nacht, zittert bis ins Innerste vor seiner Ungrnade und verzicht bei seiner Huld den Mund zu unendlich frechtlichem Lächeln.

Diesem unerbittlichen Götzen dienen Knie und Loren. Ihm beugt das Knie des Reiche wie der arme Schluher, der mühsam sein Sorgenbündel durchs Leben schleppt, fast jeder, der Anspruch darauf erhebt, als Herr oder Dame angesehen zu werden.

Wie im Dienste jedwedes Götzen, den sich die Menschheit erforscht, so ist auch in seinem Dienst Großes und Mächtiges entstanden, prächtige Tempel und herrliche Mäure. Aber viel Graufames und unendlich viel Törichtes geschieht täglich dem Feilich zuliebe an kleinen Entbehrungen und großen Opfern.

Heimliche Qual, herzerweichende, lebensvergärende Rarter fordert er um uns her, daß es nützlich und geboten erscheint, ihn kritisch zu beleuchten. Der brennende Wunsch nach Stellung in der Gesellschaft ist eine eigentümliche Form des menschlichen Ehrgeizes, eine Verzerrung, eine Karikatur der natürlichen und nützlichen Sehnsucht nach Anerkennung, aber doch eine Notwendigkeit im Treiben der Welt.

Die Elemente inneren Glückes genügen den wenigsten; sie wollen andere blenden mit den Strahlen der eigenen Seligkeit, damit diese, scheinbar wie vor der Majestät einer Sonne, sich die Augen zuhalten. Wir wollen eben ein beneidetes Glück, ein Glück, auf das wir uns etwas einbilden können, wie auf ein persönliches Verdienst. Das heiße Vergnügen am Geld besteht zum großen Teil aus Eitelkeit, es zu besitzen. In Wirklichkeit ist jedermann reich, der etwas weniger ausgibt, als er ausgeben kann, und etwas, das man sich selten gönnt, verschafft unendlich größere Freude, als der mühselige, tägliche Genuß derselben Sache. So läßt sich nicht leugnen, daß darin zwischen Armeren und Mehrbemittelten ganz von selbst ein Ausgleich entsteht. Aber viele Tausende sind von der Sorge um das liebe Brot für sich und für die Ihrigen viel weniger gepflegt, als von der Sorge um das äußere Ansehen, von der Furcht, ja keine Handbreit ihrer Stellung einzubüßen. Es ist ihr Lebensziel, nach Möglichkeit immer leisteren Boden zu gewinnen und in einem bestimmten Kreis, der für sie die ganze Welt bedeutet, möglichst hochbewertet zu sein.

Die süddeutsche Sprache, die gleich der englischen über viele vorzüglich treffende Ausdrücke verfügt, sagt: Es geschieht alles „um den Pfanz“. Wie viele leben und weben ausschließlich in der Angst: „Was wird dazu gesagt werden?“ Ein Gelingen freut sie, weil sie einer bestimmten Person und Clique damit zu imponieren glauben, und die offene oder versteckte Schadenfreude des lieben Nächsten drückt sie bei einer Niederlage vollständig zu Boden. Sie verzweifeln, als hätten sie ihr Liebstes und Bestes verloren, wenn die „Stellung in der Gesellschaft“, die sie zu erklimmen gedachten, nicht erreicht wird.

Was ist nun falsch daran und was geboten, für die Gesellschaft unentbehrlich in diesem leidenschaftlichen Streben, das immer weitere Kreise umfaßt, von dem wir alle mehr oder weniger ergriffen sind, wenn wir aufrichtig sein wollen? Wie hat sich diese Sonderart des Ehrgeizes im Laufe der Zeit entwickelt?

Gewiß ist die Sucht nach Ansehen so tief in des Menschen Brust gepflanzt und so notwendig zu seiner und seines ganzen Geschlechtes Fortentwicklung, daß wir schon bei Betrachtung früherer Kulturstufen ihren Spuren begegnen. Der Grieche brauchte athenischen Geist, der Römer griechische Bildung, der Barbar die römische „urbanitas“, der wandernde Jüngling des Mittelalters „ritterliches Benehmen“, der Kavaller der Barockzeit galantes Wesen, der moderne Mensch muß ein „Gent“ sein, um als Herr in seiner Gesellschaft zu gelten.

Dabei liegt es tief in unserer Natur, auf wertlose Dinge, die nur durch Uebereinkommen Geltung haben, stolz

zu sein, und solche auch bei anderen als vollkütig, Achtung gebietend, anzusehen. Diese Erscheinung war seit alters notwendig, weil zum Erwerb und zur Erhaltung irgendeines Besiges, sei er auch als solcher ungenießbar und nicht zum Gebrauch bestimmt, für den Eigentümer Eroberungskraft gehört. Nicht nur zum Gewinnen, auch zum Nichtwiederverlieren muß gekämpft und gefestigt werden. Vor der Eroberungskraft aber beugen wir uns alle. Es ist besser, zu kämpfen, sei es auch um Symbole, die an sich keinen Vorteil gewähren, als ohne Streben zu vegetieren. Die gesellschaftlichen Errungenschaften sind Grabmesser unserer Tüchtigkeit vor anderen Menschen, und es ist billig, daß wir uns freuen, wenn man uns Tüchtigkeit zuerkennt. Die Ehrfurcht ist ein notwendiger Faktor des Lebens, die Hefe, die den trägen Teig hebt, unentbehrlich, unausrottbar. Sie zu vernichten, wäre weder möglich, noch wünschenswert. Dagegen ist es möglich und wünschenswert, sie vor krankhaften Auswüchsen, vor Kleinlichkeit zu retten und ihr einen Zug ins Große zu bewahren, damit sie sich zu edelstem Ehrgeiz erhebt, und statt um neidische Anerkennung um achtungsvolle Liebe buhlt.

Wer anständig auftreten will, muß das Zeug dazu in sich haben, erobertungskraftig sein auf dem Gebiet, das die Gesellschaft ihrer Kulturentwicklung entsprechend gerade verlangt. Die gewöhnlichste Form, durch die eine Stellung angestrebt wird, ist nun einmal Mehrung des Besiges. Man kann philosophische Glossen darüber machen, aber die Wahrheit dieses Zustandes muß man wohl oder übel anerkennen. Grausam genug hat der praktische Amerikaner das Vermögen als einzigen Wertmesser des Individuums hingestellt; er sagt: „Der Mann starb soundsoviel Dollars wert.“

Im freiwilligen Verzicht auf den Besitz suchten von altersher gewisse Philosophen Beifall, Achtung und Geltung vor den Menschen zu erringen. Nur unfreiwilliger Armut, die als Schande empfunden wird, schmedt bitter; bei freiwilliger Armut sind manche stolz und fröhlich, weil sie das Ansehen nicht eingebüßt haben, das Ansehen, das der Mensch weniger entbehren kann, als alles andere. Die Ritter der heiligen Armut wußten dies wohl, sie zählten mehr ehrgeizige als demutsvolle Männer in ihren Reihen. Diogenes war stolz auf sein Faß und auf die allgemeine Aufmerksamkeit, die er damit erregte. Kein Marmorhaus hätte ihm eine schönere Stellung verschafft, als diese eigenartige Wohnung. In dem Verzicht auf den Besitz oder dessen selbstverständliche Genuß liegt mehr Eitelkeit und Pose als gesunde Lebensphilosophie. Niemand kann die Güter dieser Erde mit philosophischer Gebärde ablehnen oder verschmähen, denn sie sind herrlich, und der Mensch ist groß, dem alles untertan geworden ist, der aus den Urstoffen Großartiges, Schönes und Gemaltiges bereitet.

Wieviel Gutes, Herz und Auge Erfreuendes um uns her! Wir sollten mehr Freude haben an dem Ding an sich und weniger Wichtigkeit auf die Meinung gleichgültiger Menschen legen. Darin liegt ein Ziel moderner, praktischer Lebensphilosophie.

## Sommerland.

Aus ruh' ich im goldernen Lau.  
Im Idyllischenwonne Raue.  
Blü' ich zu dir, die liebliche Frau.  
Sinnlos ins Herze!  
Ueber die Bispel mein Sehnen weht.  
Du streiffst mit hohen Füßen  
Stil durch den Wald. Das Eichhorn späht.  
Dir zu haupten ein Sonnenstrahllein steht.  
Ich höre dein Lied, fern wie ein Gebet,  
Zu mir herübergeheht.  
  
Wir stehen durch das reise Feld.  
Du meckst mir lächelnd die Blüten,  
Wie beseligend ist die Welt!  
Ich will dich hegen und hüten,  
Dein Herz blüht wie eine Blume so klar,  
Traumaläubernd sind deine Wangen;  
Das rote Lichtlein im schwarzen Haar —  
Sprachst du der Wahn aus der Schwefelstern Schar,  
Und ist wie ein Märchen wunderbar,  
Heil durch die Welt gegangen?

(Aus „Sommerheldenweg“, dem neuen Gedichtbuch von Paul Wetzlar im s. v. W. W. Verlag.)

## Aktualität der Kunst.

Von Heinrich Leis.

Ein jedes Kunstwerk vereinigt in doppelter Bedeutung zugleich zeitgemäße und überzeitliche Werte. Alles Kunstschaffen bleibt den ewig gleichen und unveränderlichen Prinzipien der Seele, den Gesetzen des Menschlichen schlechthin unterworfen; es spiegelt ebenso aber die besonderen Einflüsse, die zeitlichen, sozialen, städtischen und ästhetischen Strömungen der Epoche seiner Entstehung, sei es positiv in der Ausdeutung, sei es negativ in der Kritik der Zeit. Der Künstler ist Sprecher, Deuter und Prophet. Er begreift tiefer als andere die Erfordernisse, die inneren Kräfte und Hemmungen, die Möglichkeiten und Mängel seines Volkstums, seiner Rasse, des gesamten Menschengeschlechts seiner Zeitgenossen. Starke aber lebt in ihm auch die Idee des Allmenschlichen, der sittlich-ethischen und ästhetischen Norm, die unter allem Wellengefüsel der Oberfläche ungetrübt und unverändert bleibt. Aus dem Grad der Mischung beider Bestandteile, des Aktualen und des Ueberzeitlichen der Kunst, ergibt sich die Wertung des einzelnen Werkes im Rahmen des gesamten Kunstschaffens der Zeit, ergibt sich — äußerlich — auch die Bedeutung, die der Künstler als Künster seiner Zeit unter den Menschen, deren Wünschen und Sehnsüchten er Ausdruck verleiht, zu erringen vermag.

Es gibt eine Art „aktueller“ Kunst, die zumindest mit einem bedeutenden Spürsinn für die Wünsche und Reigungen des Tags begabt, eben dieses Weltensinne oder doch Augenblicke der unmittelbaren Gegenwart zu erfassen, dem unbewußten Gefühl der Masse Gestalt zu geben weiß. Eine solche (sei es auch nur handwerksmäßige, nicht intuitive) Auswirkung zeitlicher Umstände im Kunstwerk ist fast immer hinreichend für den Erfolg etwa im Sinne einer Sensation, wie ihn der lästige und unbedingte Kritiker späterer Zeit aus den Qualitäten des Werkes allein nicht erklären könnte. Bewußt oder unbewußt geht dieses Streben nach Aktualität durch die ganze Reihe der Modellschöpfungen aller Künste, wenn auch mittelbar auf dem Wege der Anticipation an einen Vorgänger, einen Stärkeren, der mit zeitlicherem Instinkt die Erfahrung des Zeitnotwendigen aufspürte. Aus einem Bedürfnis, gehört, behauptet zu werden, stellt sich der ganze Schwarm der Nachkäufer auf die erprobten Richtlinien des Aktualen ein. Die zeitgemäße Idee wirkt bestimmend in der Auswahl der Stoffe, der Zeichnung der Charaktere, in der Form des Stils, in Ausdruck und Nuancierung, Politische und soziale Umstände einer Epoche bestimmen die Wünsche, Ansprüche und Hoffnungen der Menschen; der Künstler erhebt sie in sich als Abspiegelung des Gefühls, des Ahnens und Verlangens der Massenpsyche, deren Ausdeuter er sein muß: Darum ist sein Wert zeitgebunden und wird in seiner Wirkung um so elementarer, eindringlicher sein, je tiefer es die grundsätzlichen Inhalte des Zeitgeistes zu verdeutlichen versteht. Mystik und Kulturstimmung, Romantik und Rationalismus entsprechen in ihrem Wechsel und ihrer Auseinanderfolge den äußeren Einflüssen der Zeit. Gewaltige Fortschritte der Naturwissenschaften müssen eine künstlerische Epoche des Naturalismus auslösen. Rot und Einbeziehung führen zur Beschäftigung mit jenseitigen Dingen, aus Ueberdruß, Unzufriedenheit mit Widerwärtigkeiten des Alltags ergibt sich ein Sehnen nach Ueberirdischen, eine Kunst der Phantasie oder des verklärten, rückgewandten Schauens. Für eine Zeit, die sich im Werden eines großen Krieges befindet, ist charakteristisch die allumfassende Sehne des Verbrüderungsglaubens; wie andererseits, da aus gefestigtem, niedergemottem Volk der Gedanke nationaler Zusammengehörigkeit wieder emporsteigt, Franken einer neuen Kraft aussprechen in begeisterten Gefängen der Einigung und Befreiung.

Aktuell zu sein, ist für den Künstler Lob und Tadel. Die Kunst soll aktuell sein in jenem Sinn, daß sie den Stimmen der Zeit Ausdruck zu geben hat, aber sie darf sich im Wesen der Aktualität nicht erschöpfen. Nur zeitgebunden, erstarrt sie zum Schema einer Mode, sie wird Tendenz einer Gruppe, Angelegenheit persönlicher Ehrgeizes, sofern sie des eigentlichen Schöpferischen und Intuitiven (das immer zeitlos ist) ermangelt. Die Forderung von Aktualität der Kunst gilt immer nur in der Bedeutung der großen, zeitlichen Idee. Durch diese Oberfläche des Aktualen aber muß sie tiefer dringen in die ewigen Gründe des Menschlichen, will sie mehr beanspruchen als Geltung nur für den Tag. Ueber dem Zeitlichen steht das Allgemeine, und das Ewige und Unveränderliche der Seele lebt in einem jeden Kunstwerk, das vom Odem wahrer Schöpferkraft durchglüht ist. Der Künstler soll nicht abletts bleiben, nicht blinzen Auges sich vor den Notwendigkeiten seiner Zeit verklären; doch über das Zeitgebundene hinaus, muß er, wie durch einen Vorhof ins Allerheiligste, zu dem uraltsten Wesen des Allmenschlichen gelangen. Dem Zeitlichen, der in Kraft des Hürens und Gestaltens seinen Weg zu nehmen weiß, wird beides, das Zeitliche und Allgemeine, nicht mehr Gegenfakt sein, sondern im tiefsten Ergänzungs, Ausgleich und Harmonie, wie alles Zeitliche letzten Grundes nur wechselnde Ausdrucksform ist eines ewigen Geistes.

## Das Reich der Jugend.

### Wie Giftschlangen „gemolken“ werden.

Die Kobras, die bekannteste Schlange Indiens, fordert durch ihre giftigen Biß alljährlich eine große Anzahl Menschenopfer, denn es gibt immer wieder Eingeborene, die mit nackten Füßen auf diese gefährlichen Reptilien treten, von ihnen gestochen werden und dann nicht rasch genug die wirksame Heilbehandlung anwenden. Das Kobragift hat eine Besonderheit. Es muß unmittelbar in den Blutstrom gebracht werden, wenn es wirken soll. Um diesen Zweck zu erreichen, ist die Kobra mit einer Reihe von Spritzen unter der Haut ausgestattet, die in der Form ihrer mit Rippen versehenen Zähne mit den Giftbläschen in Verbindung steht. Deswegen die Kobra ihr Maul zum Biß, so tritt ein stärkevolles System von Nischigen Hebeln in Tätigkeit, wobei die Zähne, die gewöhnlich flach im Maul liegen, nach unten und nach vorn geschwungen werden. Zu gleicher Zeit werden die Giftbläschen gepreßt und der Inhalt rinnt in die Nischen, die sich in den Zähnen befinden. Von dort tritt das Gift in die Substanz, in die die Zähne sich einbeissen. Wird das Gift heruntergeschluckt, dann bewirkt es keine Wirkung, sondern es wird ausgeschieden. Es gibt nun in Bombay ein Institut, in dem ein durchaus sicheres Serum gegen das Kobragift hergestellt wird. Um dieses Mittel zu erhalten, muß man einen genügenden Vorrat des Giftes haben und deshalb unterhält das Institut eine Kobrafarm, auf der den Schlangen das Gift abgerufen „abgemolken“ wird.

Die Reptile werden in hölzernen Kästen gehalten und von einem indischen Wärter beaufsichtigt. Dieser Wärter, mit einem Bombastrock von etwa 4 Fuß Länge bewaffnet, läßt die Kobras, die gemolken werden soll, mit dem Stiel aus ihrer Kiste auf ein Stück Malte. Das Reptil ringelt sich zusammen, läßt seine Rarpe auf, läßt mit erheblichem Kopf und sucht nach einem Weg zur Flucht, mit der Jugend gleich einer Pflanze hin und her zuckend. Beliebiglich läßt es den Kopf nachwärts und streift rasch über die Rarpe hin. Der Wärter, der diesen Augenblick benutzt, drückt seinen Stiel mit der rechten Hand leicht, aber fest auf den Hals der Kobra und hält sie so an der Erde fest. Mit der linken Hand reißt er dem Tier rasch hinter den Kiefer und hebt den Kopf in die Höhe. Die Kobra ist nun in höchster „Wut“, läßt und schlägt mit dem Schwanz, der hinter greift nach dem Schwanz mit der rechten Hand, nachdem er den Stiel weggeworfen hat, und legt nun aufrecht, während er das Reptil zwischen seinen beiden Händen ausstreckt hält. Ein Gebilde hält ein feines Metallgass bereit, dessen Rand mit einem Stück Leder bedeckt ist. Der Rand des Glases wird nun zwischen die Kiefer des Tieres geschoben. Die

Schlange öffnet den Mund weit; die Giftzähne dringen durch das Leder und entleeren dabei zugleich den Inhalt der Giftbeutel, wobei ein goldiger dünner Strahl des Giftes in das Glas fließt. Während das müde Tier wieder in seinen Kästen zurückkommt, wird das Gift sorgfältig bewahrt, getrocknet und in verschiedenen Mengen Pferden eingespritzt, in deren Blut sich dann die Antikörper entwickeln, die das Gift unschädlich machen. Das so gewonnene Serum wird dann nach einem Kobragift möglichst rasch eingespritzt, und damit ist die Möglichkeit der Befundung um das Hundertfache vergrößert. Ueber wirkt das Giftserum, das auf diese Weise gewonnen wird, nur gegen den Biß derjenigen Schlangengattungen, von der das Gift stammt, das dem Pferd eingespritzt wurde.

## In des Panthers Pranken.

Ein Jäger, der sich in den Pranken eines Panthers befunden hat und von dessen Zähnen zerfleischt wurde, erzählt seine Empfindungen während dieses gefährlichen Augenblicks. „Der afrikanische Forschungsreisende Livingston“, so schreibt er, „berichtet, daß er eine angenehme Empfindung hatte, als er von einem Löwen gepackt wurde. Ich kann sagen, daß ich nichts von Vergnügen in den Pranken eines Panthers empfand. Das Tier war durch den Biß geschossen worden, und ich folgte seiner Spur. Diese Jagden vermögen sich auf einen unglaublich kleinen Raum zu verengen, und die Bestie stürzt plötzlich auf mich von einem kleinen Hügel, auf dem sie ganz unsichtbar gewesen war. Mit einem heiseren Brüllen stößt sie so über mich und drückt mich durch ihr Gewicht zu Boden. Ich gab zwei Schüsse ab, ohne in meiner behinderten Lage zu treffen. Der Mord des Panthers, füllte mich von dem verwirrten Reich, von dem er sich genötigt, verpöbelte mich die Luft, als sein Kopf sich über meinen legte. Ich hob einen Arm, um mich zu schützen, und seine Zähne gruben sich in den Vorderarm. Der Panther war ein leicht großes Exemplar, und seine Schwere drückte mich immer tiefer in den Hornbüsch, in dem mein Haupt lag. Dadurch kam es, was von meinem Arm noch übrig war, aus seinem Nacken, und während er seine Pranken in meine Waden schlug, grub er seine Zähne wohl zwei Zoll tief in meinen Oberarm. Dann ließ er von mir ab und schleppte sich fort, wobei er noch einmal nach mir zurückblühte, bevor er im Dschungel verendete. Wie er sich so mit seinen unheimlich leuchtenden Augen umdrehte, dachte ich einen Augenblick, er kehrt zurück, um ein Stück von mir zu verzehren oder das Blut aufzusaugen, das reichlich aus mir strömte. Ich lag dann sechs Wochen schwer krank an den verpesteten, schmerzhaften Wunden. Von Livingston's angenehmem Gesicht habe ich nichts bemerkt. Ebenfalls waren des verstorbenen andere, die mit einem Raubtier in so nahe Berührung kamen und die mir ihre Ergebnisse mit-

teilten. Einer wurde von einem Tiger um die Taille gepackt, und dabei kamen ihm die Eingeweide heraus. Er konnte mir nur noch diejenige Vorgang erzählen, denn er lebte danach nicht mehr lange. Ein anderer wurde ganz in meiner Nähe von einem Tiger in die Schulter gebissen und brachte auch sechs Monate, um sich davon zu erholen. Ich habe gesehen, wie ein Tiger mit seinem Gebiß den Schädel eines Mannes zermalmte, als wäre er ein hohles Ei.“

## Was man im Schleppnetz der Hochsee findet.

Kürzlich ist von einem Schleppdampfer in der Nordsee mit dem Schleppnetz eine Flugzeugmaschine ans Licht gebracht und damit der letzte Zeuge einer Tragödie emporgehoben worden. Westwärtigerweise aber findet man sehr selten im Schleppnetz solche Spuren menschlicher Tragödien u. im allgemeinen sind die Funde im Schleppnetz sehr eintönig. Der Krieg brachte eine nicht gerade angenehme Abwechslung, indem gar manchenmal auf diese Weise Treibminen entdeckt wurden. Bismarck war es sogar unmöglich, diese gefährlichen Dinger in dem Fang aufzuspüren, besonders bei Nacht; denn sie sind ganz verborgen unter der Masse von Gras und Fischen. Ein Schleppdampfer brachte kürzlich drei Minen auf einmal mit dem Netz empor und wurde trotz dieser gefährlichen Beute nicht in die Luft gesprengt. Ueber viele andere Schleppnetze der verschiedenen Nationalitäten sind seit Mitte November 1918 auf diese Weise verschwunden, und die Treibminen haben auch nach dem Kriege schwere Opfer gefordert. Delfter findet man Bernsteinstücke in den großen Netzen. Wahrscheinlich war das Netz der Nordsee vor 7000 Jahren noch ein Wald, und der Bernstein ist das fossile Holz dieser prähistorischen Bäume. In dem Nibelungen-Räuberzug zu Lüneburg wird ein großer verächtigter Kammuschalch gezeigt, der mit einem Schlenker geschickt wurde. Zweifellos trübte sein früherer Besitzer einmal durch jene alten Wälder, die jetzt das Wasser der Nordsee bedeckt. Eine andere Seltsamkeit in diesem Museum ist ein geschliffenes Glasstückchen des 18. Jahrhunderts, das sich weit über ein Jahrhundert im Meerwasser unversehrt erhalten hat. Große Stücke von Schiffsholz, alte Kisten, Trümmer von zerstörtem Eisenwerk werden sehr häufig in den Schleppnetzen gefunden; sie kommen alle von Brack. Die untergegangenen Schiffe lösen sich sehr schnell in ihre Bestandteile auf, was das ist für die Schleppdampfer sehr gut. Denn wenn ein Netz einmal auf ein frisches, noch zusammenhängendes Wrack stößt, dann ist es so gut wie verloren. Da es die ganze schwere Masse natürlich nicht emporheben kann, so zerbricht es beim Hinaufziehen, und der Fischer muß nicht nur auf den wertvollen Fang verzichten, sondern verliert auch sein Netz, das gegenwärtig ein kleines Vermögen darstellt.







